



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Zwanzigstes Kapitel. Deutsch-englische Beziehungen 1908-1914: 25.  
November 1908 bis 13. Februar 1914

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

## Zwanzigstes Kapitel.

### Deutsch-englische Beziehungen 1908 bis 1914.

Brief des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Iswolsth vom 12./25. November 1908.

Meinem gestrigen Briefe glaube ich einige persönliche Bemerkungen hinzufügen zu müssen. Euerer Exzellenz wird bemerkt haben, daß Sir Edward Grey im Laufe seiner Unterredung über Persien einen Ausweg zu finden bestrebt war, der jede Möglichkeit einer bewaffneten Intervention ausschließt. Eine solche befürchtet er erstens, weil er sie nicht für ein wirksames Mittel hält, und dann vor allem, weil er wegen der Folgen, die eine derartige Intervention für das englisch-russische Abkommen haben würde, Besorgnisse hegt.

.....  
Diese Frage einer bewaffneten Intervention in Persien erscheint mir so wichtig, daß ich mir Vorwürfe machen müßte, wenn ich nicht nochmals die Aufmerksamkeit des Kaiserlichen Ministeriums auf die Folgen lenken würde, die sich für uns aus einem Bruche unseres Abkommens mit England und einer neuen Orientierung der englischen Politik ergeben würden.

Ich gebrauche absichtlich diese Ausdrucksweise, die, wie ich weiß, in Rußland gewöhnlich nicht angewandt wird. Man stellt sich bei uns gern auf den Standpunkt, daß man zwischen einer Annäherung an England und zwischen einer solchen an Deutschland wählen kann. In Wirklichkeit haben wir zwischen einer Isolierung, die ein deutsch-englisches Abkommen hervorgerufen wird, und einer Annäherung an England zu wählen. Aus politischen Gründen hat England niemals von einem Über-

einkommen mit Deutschland sprechen wollen und hat seine Sicherheit in den Ententen mit Frankreich und Rußland gesucht.

Andererseits erscheint es mir unmöglich, die deutsche Politik anders als damit zu erklären, daß das Berliner Kabinett jede Gelegenheit benützt, sie vielleicht erst schafft, um einen Versuch zu machen, die beiden Ententen Englands zu sprengen. Ich komme täglich mehr zu der Überzeugung, daß zwischen dem beständigen Entgegenkommen Deutschlands uns gegenüber und dem immer wieder unterbrochenen und mit Drohungen vermischten Entgegenkommen England gegenüber ein Unterschied besteht, und zwar in der Weise, daß das Entgegenkommen Deutschlands England gegenüber ernsterer Natur ist. Ich brauche nicht davon zu sprechen, was in einem solchen Falle aus den politischen und nationalen Interessen Rußlands werden würde.

Ich glaube, man kann nur in London beurteilen, wie nachdrücklich die Bestrebungen Deutschlands sind, zu einem Einvernehmen mit England zu kommen, namentlich die Bestrebungen Kaiser Wilhelms, welcher einen Fehler nach dem andern begangen hat, hauptsächlich weil seine persönlichen Schritte resultatlos verlaufen sind und er sich in London einer Mauer gegenüber befunden hat. Aber die Fehler des Kaisers bedeuteten ebenso viele neue Schwierigkeiten, die er sich selbst schaffte. Wenn man annimmt, daß die letzten Ereignisse in Berlin dem Kaiser eine größere Zurückhaltung auferlegen werden, so müßte die deutsche Politik, in dieser Richtung gesteuert, uns um so gefährlicher werden.

Man gibt sich hier nicht klar Rechenschaft darüber, was zwischen Osterreich und Deutschland vorgeht. Noch neulich hatte Sir Edward die Hoffnung, daß der Besuch des deutschen Monarchen der österreichischen Politik einen versöhnlicheren Geist einflößen würde. In Wirklichkeit hat gerade das Gegenteil stattgefunden. Dieser Umstand hat auf die englischen Minister und auf ihre allgemeine Haltung einen bedeutsamen Einfluß ausgeübt, vielleicht auch auf ihre persönlichen Gefühle.

Es ist aber trotzdem richtig, daß, wenn man die englische Mentalität so nimmt, wie sie tatsächlich ist, Deutschland als Land und als Nation günstiger als früher beurteilt wird. Man hat Achtung vor seiner Kraft, seiner Energie, vor den durch seine

Arbeit erzielten Resultaten. Man mißtraut noch entschieden der deutschen Regierung, dem Lande selbst aber weniger. Und von Zeit zu Zeit lassen sich viele Stimmen hören, die behaupten, daß im Grunde genommen Kaiser Wilhelm England gegenüber aufrichtig zu sein scheint. Derartige Stimmen finden sich in der Presse, und die beiden politischen Parteien enthalten nicht unwichtige Elemente, die sich einem solchen Gedankengange anschließen. Keine einzige dieser Stimmen folgert jedoch die Möglichkeit einer Entente mit Deutschland. Nicht nur weil die schon bestehenden Abkommen, von denen das eine jedoch nicht ebenso populär wie das andere ist, dem Engländer genügen, sondern weil die Flottenfrage eine unüberwindliche Schranke bildet.

Ich kann nicht umhin zu glauben, daß diese Schranke schwächer ist, als man annimmt. Es liegt nicht in meiner Kompetenz, über die Stimmung in Deutschland zu sprechen, aber es will mir scheinen, daß dort etwas Ähnliches wie hier vor sich geht.

Sir Edward hat mir gesagt, er sei betroffen und sehr erstaunt gewesen, als anläßlich der Diskussion im Reichstage, als die Haltung des Monarchen zur Zielscheibe heftiger Angriffe diene, hierbei kein chauvinistischer Ton laut wurde, trotz der außerordentlichen Spannung der Geister in diesem Augenblicke. Sir Edward schließt hieraus auf eine ernste politische Reife.

Der Schluß, den ich aus obigem ziehen will, ist der, daß, wenn aus irgendeinem Grunde unser Übereinkommen mit England gebrochen würde, trotz der hohen Bedeutung, die England seinen Abmachungen mit Frankreich beilegt, der Boden für ein englisch-deutsches Einvernehmen viel besser geebnet wäre, als man gewöhnlich annimmt.

**Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Januar/3. Februar 1909.**

Am 8. Februar verläßt König Eduard und die Königin London, um sich nach Berlin zu begeben, von wo Ihre Majestäten wieder direkt hierher zurückkehren. Dieser Besuch gewinnt infolge der jetzigen politischen Lage eine besondere Bedeutung. Indem er auf die Beziehungen zwischen Deutschland

und England zurückwirkt, soll er auch die allgemeine Lage beeinflussen; man muß annehmen, daß dies im Sinne einer Entspannung geschehen wird, wobei ich jedoch den Grad der Entspannung von hier aus nicht beurteilen kann.

Dies ist das Resultat, welches sowohl das Publikum als auch die Presse vor Augen hat und welches sie um so mehr erwarten, als sie haben erkennen müssen, welchen Gefahren der Friede in letzter Zeit ausgesetzt gewesen ist, wobei die Schuld in großem Maße der englisch-deutschen Spannung zugeschrieben wird.

Das Kabinett scheint denselben Wunsch zu hegen, ohne sich jedoch große Illusionen hinsichtlich des erzielbaren Resultates zu machen. Einerseits durch seine Beziehungen zu Frankreich gebunden, die neulich anlässlich des Casablanca-Zwischenfalles eine ernste aber überzeugende Probe bestanden haben, andererseits durch seine Beziehungen zu Rußland, hat England gewiß kein Programm aufgestellt, welches in Berlin zwischen ihm und Deutschland allein zu erörtern wäre. Ich zweifle sogar, daß es beabsichtigt, in eine Diskussion derjenigen Punkte einzutreten, die ihm von seiten Deutschlands unterbreitet werden werden. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht sich daselbe wiederholen wird, wie in London anlässlich des Besuches Kaiser Wilhelms und in Kronberg anlässlich des Besuches König Eduards.

In einer Hinsicht jedoch ist die Stimmung der englischen Regierung eine andere und eine bessere. Welches immer die Haltung der deutschen Politik beim Ausbruch der jetzigen Balkan-Krise gewesen sein mag, so hat doch die englische Regierung heute die Überzeugung gewonnen, daß seit einiger Zeit wenigstens das Berliner Kabinett in Wien zu Mäßigung rät. Dem Kabinett von London liegt zuviel daran, daß Deutschland diese Haltung auch in Zukunft beibehält, um diese Frage nicht zu berühren, und ich glaube sogar, daß eine ernstliche Anstrengung in dieser Hinsicht gemacht werden wird.

Dies ist vielleicht die einzige Frage, über die König Eduard persönlich sprechen wird. Ich glaube, Seine Majestät ist wenig geneigt, auf die Frage des „Eisernen Ringes“ zurückzukommen, der Deutschland angeblich umgibt, wie übrigens auch nicht auf andere Fragen der allgemeinen Politik. Wie ich die Sache ver-

stehe, geht König Eduard nach Berlin, um die Art und Weise, wie er vom Hofe und von der Bevölkerung in Berlin empfangen werden wird, genau zu beobachten und bei seiner Rückkehr ebenso genau zu beobachten, welchen Eindruck der Berliner Empfang in England hervorgerufen haben wird. Und ich bin geneigt anzunehmen, daß der König hofft, dieser Empfang in Berlin werde besser sein, als man gewöhnlich in England annimmt, und daß folglich auch die moralische Entspannung eine größere sein wird. Aber der König wünscht nicht selbst über Politik zu sprechen. Ich denke, mehr denn je fehlt das gegenseitige Zutrauen, welches für ganz intime politische Gespräche notwendig ist. Und auch der Augenblick scheint ihm für offizielle Unterredungen, was seine eigene Persönlichkeit anbelangt, schlecht gewählt. Daher überläßt er das Wort seinen Ministern.

Ich glaube, ich habe Eurer Exzellenz bereits in privater Weise mitgeteilt, warum König Eduard sich so viel Zurückhaltung auferlegt. Selbst vor der Veröffentlichung im Daily Telegraph und den sich hieraus für die Haltung und Stellung Kaiser Wilhelms ergebenden Folgen hatte man in England, obwohl mit großer Mäßigung, darauf hingewiesen, daß die Rolle des englischen Souveräns zu markant und zu persönlich sei, um mit der Konstitution des Landes in völligem Einklange zu sein. Die Kritik, der Kaiser Wilhelm in Deutschland unterworfen worden ist, hat augenscheinlich auch auf König Eduard gewirkt, und er wird sicherlich alles tun, um derartige oder vielmehr ähnliche Kundgebungen zu verhindern, denn es ist ausgeschlossen, daß solche Kundgebungen hier dieselbe Form wie in Deutschland annehmen könnten.

Die erste Folge ist die, daß der König aus diesem Grunde, und nur aus diesem Grunde, von einem verantwortlichen Mitgliede des Kabinetts begleitet sein wird.

Wenn man die Lage von London aus beurteilt, so erscheint es wichtig, daß dieser Besuch stattfindet. Wenn er aus dem einen oder andern Grunde unmöglich gewesen wäre, so hätte sich die allgemeine Lage sehr wahrscheinlich in viel größerem Maße verschlechtert, als sie sich durch diesen Besuch verbessern wird. In diesem umgekehrten Sinne ist der Besuch gewiß wichtig und unsern Interessen dienlich.

Ohne mir ein Urteil über die Stimmung Kaiser Wilhelms und der deutschen Regierung erlauben zu wollen, scheinen jedoch alle Nachrichten über seinen moralischen Zustand darauf hinzuweisen, daß er diesmal weniger Entschlossenheit und persönliche Tätigkeit zeigen wird, als dies sonst anlässlich von Monarchenbesuchen der Fall gewesen ist. Was mich anbelangt, so hoffe ich es, denn im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn der Kaiser seine frühere Haltung wiederaufnehmen sollte, als er während der drei in England zugebrachten Wochen beständig und fieberhaft eine englisch-deutsche Annäherung auf Kosten der Übereinkommen Englands mit Frankreich und Rußland herbeizuführen sich bemühte — Bemühungen, welche die Veröffentlichung im Daily Telegraph nur teilweise wiedergibt —, so würde die Enttäuschung, die er unabwendbar erleben müßte, nicht zur Beruhigung der Lage beitragen. Dies hängt ausschließlich von der inneren Lage in Deutschland ab, die ich von hier aus nicht beurteilen kann.

Dieser Brief war geschrieben, ehe ich noch einmal mit Sir Charles Hardinge gesprochen hatte. Ich habe ihn soeben gesehen. Ich fragte ihn, was ich Surer Excellenz über den Besuch König Eduards in Berlin mitteilen solle. Er antwortete mir, daß dieser Besuch stattfinden würde, weil der König ihn schuldig sei, und daß man hoffen dürfe, daß die Zusammenkunft einen beruhigenden Einfluß auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern ausüben werde; daß der König dieses Mal von einem Mitgliede des Kabinetts begleitet sein würde, da ein derartiger Wunsch in englischen Kreisen ausgesprochen worden ist; daß Lord Crewe die Weisung erhalten habe, nur gewisse afrikanische Fragen zu besprechen und auf die Rüstungsfrage nur einzugehen, wenn sie von den deutschen Ministern erwähnt würde, dies aber nicht selbst zu tun; daß alle andern diplomatischen Fragen, die die deutsche Regierung aufwerfen würde, von ihm, Hardinge, behandelt werden würden: so z. B. die Balkanfrage, die in dem uns bekannten Sinne erörtert werden würde, die Bagdadbahn oder andere; daß dieser Besuch die allgemeine Politik Englands in keiner Weise verändern könne; daß alles beim alten bleiben würde.

Ganz vertraulich fügte Sir Charles hinzu, daß ein Teil

des englischen Publikums Hoffnungen hege, die er für übertrieben hält. Ich kann Ihnen nur erklären, sagte er mir, daß nach unserer Meinung im Foreign Office, solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 28. Januar/10. Februar 1909.**

Grey sagt mir, er sähe keine Anzeichen, daß die deutsche Regierung anläßlich des Berliner Besuches auf die Frage der Bagdadbahn zurückzukommen gedenkt. Wenn dies dennoch geschehen sollte, so würde Hardinge bei der schon gegebenen Antwort verharren, daß das Londoner Kabinett bereit ist, zu vieren zu verhandeln, nicht aber zu zweien. Grey hält es jedoch nicht für völlig ausgeschlossen, daß Deutschland diesmal Verhandlungen zu vieren annimmt, was eine Feststellung unseres Standpunktes notwendig macht. Grey hat mir die Instruktionen, die Crewe und Hardinge gegeben worden sind, wiederholt. Er hat Metternich erklärt, daß das Londoner Kabinett die Frage des Flottenbudgets nicht anregen werde, aber bereit sei, über dasselbe zu sprechen, wenn Deutschland die Initiative dazu ergreife. Im Laufe dieser Unterredung mit Metternich ist die Bagdadbahn nicht erwähnt worden.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Februar 1909.**

Ihr Telegramm Nr. 183 erhalten. Nachdem Grey ein Telegramm ähnlichen Inhaltes vom englischen Botschafter in Petersburg erhalten hatte, hat er mich zu sich gerufen und mir erklärt, er bedaure aufrichtig, daß die russische Regierung die Meinung hegen könne, daß in der Orientierung der englischen Politik im nahen Osten eine Änderung eingetreten sei. Das Pressecommuniqué über die Resultate des Berliner Besuches ist in den gewöhnlichen wohlwollenden Ausdrücken gehalten, aber es wird in demselben direkt darauf hingewiesen, daß die

Gemeinsamkeit der Ansichten der englischen und deutschen Regierung in Balkanfragen sich auf die Erhaltung des Friedens, des status quo und des neuen Regimes in der Türkei bezieht. Grey erklärt auf das entschiedenste, daß die Politik Englands noch immer dieselbe ist wie bei Ihrem letzten Besuche in London, daß England gemeinsam mit Rußland im nahen Osten vorzugehen wünscht und wie früher bereit ist, uns seine diplomatische Unterstützung zugunsten Serbiens zuteil werden zu lassen. Andererseits erblicke ich keine Anzeichen irgendeiner Änderung in der englischen Politik, es sei denn, daß England jetzt mehr denn je die Erhaltung des Friedens wünscht. Mit dem nächsten Kurier schreibe ich Ihnen Einzelheiten über den Berliner Besuch, dessen Hauptergebnis darin besteht, daß England die Überzeugung gewonnen hat, Deutschland wolle keinen Krieg und sei bereit, nach Maßgabe seiner Kräfte der Sache des Friedens zu dienen. Hinsichtlich der Mittel und Wege, einen österreichisch-serbischen Konflikt zu verhindern, hat Grey mir gesagt, er werde mir seine Antwort in der allernächsten Zeit zukommen lassen.

**Brief des russischen Geschäftsträgers in London Poklewski-Koziell an den russischen Außenminister vom 3./16. Februar 1909.**

Am 31. Januar/13. Februar sind Ihre Majestäten aus Berlin zurückgekehrt, und dieser Besuch ist in der Presse fast der ganzen Welt als sehr befriedigend bezeichnet worden.

Soviel ich gehört habe, hat diese Reise bei dem Könige und der Königin den allerangenehmsten Eindruck hinterlassen, und Sir Charles Hardinge hat mir bestätigt, daß der Empfang sowohl von Seiten des deutschen Kaiserpaars als auch der Berliner Bevölkerung ein sehr warmer und herzlicher gewesen ist und daß die wenigen politischen Gespräche, die er mit dem Reichskanzler und Baron Schön geführt hat, einen liebenswürdigen und versöhnlichen Charakter hatten.

Aus meinen weiteren Fragen hat sich jedoch ergeben, daß diese Unterredungen nur einen ganz allgemeinen Charakter hatten, daß man sich sorgsam gehütet hat, solche Fragen zu erwählen, in denen sich in letzter Zeit ein Gegensatz zwischen

den beiden Regierungen gezeigt hatte, und daß deshalb Sir Charles selbst zugibt, dieser Besuch habe zu keinen greifbaren Resultaten geführt.

Von Seiten der deutschen Regierung ist die Frage der Flottenrüstungen und der Bagdadbahn gar nicht erwähnt worden, weshalb sie, wie hier vorher beschlossen worden war, auch von englischer Seite nicht aufgeworfen wurde.

Fürst Bülow hat viel davon gesprochen, daß er niemals die Ansicht des Wiener Kabinetts geteilt habe, England wolle allgemeine Verwicklungen hervorrufen und benutze zu diesem Zwecke die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina hervorgerufene Krise. Er hat hierbei Aehrenthal nicht geschont, hat seine Handlungsweise verurteilt und sich über die schwierige Stellung Deutschlands beklagt, welches verpflichtet sei, seinen Bundesgenossen und dessen Politik, welcher es nicht immer zustimmen könne, zu unterstützen. Der Reichskanzler hat auch seiner lebhaften Freude anlässlich des Marokko-Übereinkommens mit Frankreich Ausdruck verliehen; er beteuerte die Friedensliebe der deutschen Politik und wies darauf hin, daß man von Berlin aus schon oft beruhigende Ratschläge in Wien erteilt habe. Er sprach sich für die Erhaltung des status quo auf dem Balkan aus, und als Sir Charles auf die Sympathien Englands zum neuen türkischen Regime hinwies, beteuerte er, daß Deutschland der neuen Ordnung der Dinge in Konstantinopel ebenso wohlwollend gegenüberstehe. Mit einem Wort, Fürst Bülow sagte solche Dinge, die bei seinen englischen Zuhörern nur das allerangenehmste Echo finden konnten.

Eine beunruhigende Note in den Ergüssen des Deutschen Reichskanzlers war nur die Erwähnung des Umstandes, daß Österreich augenscheinlich Serbien gegenüber die Geduld zu verlieren beginnt. Er drückte hierbei den Gedanken aus, daß, wenn serbische Banden in Bosnien einbrechen sollten und Österreich hierdurch veranlaßt würde, in Serbien einzurücken, die Mächte vom Wiener Kabinett die Zusicherung erhalten müßten, daß die Unabhängigkeit und jetzigen Grenzen des slawischen Königreiches unberührt bleiben würden, was Rußland beruhigen und ihm erlauben würde, neutral zu bleiben.

Ich bemerkte hierauf Hardinge, daß die letzten Worte des

Fürsten Bülow vielleicht den Zweck verfolgten, England auf einen bevorstehenden bewaffneten Zusammenstoß zwischen Serbien und Oesterreich vorzubereiten; Hardinge war jedoch mit mir nicht einverstanden, indem er mir erklärte, der Reichskanzler sei äußerst besorgt, daß ein derartiges Ereignis, selbst wenn die geeigneten Garantien vorlägen, Rußland zu einer Einmischung veranlassen könne. Fürst Bülow hat gleicherweise erklärt, daß Oesterreich bereit sein wird, Serbien vorteilhaftere Handelsbedingungen und einen Zugang zur Adria zu gewähren; er bestritt aber die Möglichkeit, z. B. Spizza an Montenegro zu überlassen, da Kaiser Franz Joseph fest entschlossen sei, auch nicht einen Zoll österreichisch-ungarischen Territoriums abzutreten. Den Worten Sir Charles' zufolge ist hiermit der Inhalt seiner politischen Unterredungen mit den Führern der deutschen Politik erschöpft, und das Hauptergebnis besteht darin, daß die englische Regierung die Überzeugung gewonnen hat, daß Deutschland den Frieden wünscht und daß es bereit ist, im kritischen Augenblicke sein ganzes Gewicht auf die Seite derjenigen Mächte zu stellen, die die Erhaltung des europäischen Friedens erstreben. England ist natürlich gewillt, diese Stimmung Deutschlands auszunutzen, und vielleicht schon in allernächster Zeit wird es sich erweisen, ob die Worte des Fürsten Bülow aufrichtig gemeint waren.

Die öffentliche Meinung Englands hat die Berliner Begegnung mit der größten Sympathie verfolgt, und sowohl in der Presse als auch in politischen Kreisen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Beziehungen zu Deutschland sich ernstlich bessern werden. Aber die rauhe Wirklichkeit schont keine Illusionen, und schon heute wird in der englischen Thronrede die Notwendigkeit erwähnt, die Kredite für die Flottenrüstungen zu erhöhen. In kurzer Zeit wird das radikale Kabinett vorschlagen und das friedlich gestimmte Parlament bewilligen, daß die Steuern zur Deckung dieser Ausgabe bedeutend erhöht werden, und dies wird in dem Bewußtsein geschehen, daß die neuen schweren Opfer die Folge der maritimen Rüstungen Deutschlands sind. Derartige Argumente machen tieferen Eindruck auf die öffentliche Meinung als schöne Worte und aufrichtige Liebenswürdigkeiten.

**Brief des russischen Botschafters in Berlin Osten-Saden an den russischen Außenminister Iswolsky vom 6./19. Februar 1909.**

In meinem Telegramm vom letzten Dienstag habe ich Euerer Excellenz einen kurzen Bericht meiner Unterredung mit dem Staatssekretär über die politischen Resultate des Besuches König Eduards in Berlin mitgeteilt.

Sie wissen bereits, daß kein schriftliches Übereinkommen unterzeichnet worden ist. Alles hat sich auf Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und Sir Charles Hardinge beschränkt. Baron Schön hat mir versichert, daß selbst zwischen den beiden Monarchen kein Wort über Politik gesprochen worden ist, und erst im Augenblicke der Abfahrt auf dem Bahnhofe habe König Eduard Kaiser Wilhelm gesagt, er finde die Erregung in der öffentlichen Meinung und der Presse in England anlässlich der progressiven Vermehrung der deutschen Flotte lächerlich. Der König hätte hinzugefügt: Du hast die Zustimmung des Reichstages zu dem Programm erhalten, das du für die Deutschland notwendige Seestreitkraft aufgestellt hast, und du mußt dieses Programm ausführen. Was die Unterredungen zwischen Sir Charles Hardinge und dem Fürsten Bülow anbelangt, so bezogen sie sich ausschließlich auf Balkanfragen.

Baron Schön zufolge ist weder von der Bagdadbahn, noch von Persien, noch von der Erwerbung von Kohlenstationen in afrikanischen oder asiatischen Gewässern die Rede gewesen. Was den Balkan anbelangt, so ist ein völliges Einvernehmen des beiderseitigen Standpunktes festgestellt worden, nämlich die Notwendigkeit, den status quo zu erhalten und vor allem einen Bruch zwischen Österreich, Serbien und Montenegro zu vermeiden. Dies hält Hardinge für die größte Gefahr auf dem Balkan. Nachdem Hardinge sich überzeugt hatte, daß Österreich jede territoriale Kompensation verweigere, hat er auf der Notwendigkeit bestanden, Serbien und Montenegro ökonomische Vorzüge zu gewähren. Er habe sich sogar bereit erklärt, als Vermittler, allerdings nur als offiziöser, zwischen Österreich und Serbien aufzutreten, um von letzterem zu erlangen, daß das Belgrader Kabinett sich jeder Handlung enthalte, die von der Donaumonarchie als Provokation betrachtet werden könnte.

Mit einem Worte, alle beide haben sich bereit erklärt, gemeinsam an der Beruhigung des Balkans zu arbeiten.

Gardinge hat den Reichskanzler zum Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko beglückwünscht. Das Londoner Kabinett erblickt hierin ein wertvolles Unterpfand für den Frieden und ist bereit, alle weiteren derartigen Bestrebungen zu unterstützen. Diesen Zweck verfolge auch der Besuch König Eduards in Berlin. Die Anwesenheit Seiner Majestät in der deutschen Hauptstadt sei nicht nur ein Beweis seiner freundschaftlichen Gefühle für Kaiser Wilhelm, sondern sei auch ein Deutschland gegebenes Pfand, daß das englische Volk keine Feindschaft ihm gegenüber hege. England wünsche zwischen den beiden Ländern gutnachbarliche Beziehungen zu unterhalten. Der englische Staatssekretär hat hinzugefügt, daß König Eduard durch die Haltung der Berliner Bevölkerung sehr gerührt sei und an den Empfang im Rathause die beste Erinnerung bewahren werde.

Dies ist der Inhalt der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem englischen Unterstaatssekretär, des einzigen politischen Gespräches während des Besuches.

Die Presse glaubt mehr zu wissen, und ich habe Ihnen bereits einige Beispiele zukommen lassen. Es ist schwer zu bestimmen, ob die Quelle dieser Enthüllungen Zutrauen verdient. Sollte ich später noch irgendeine Einzelheit erfahren, so werde ich sie Ihnen mitteilen.

Die Beziehungen des Fürsten Bülow zum Kaiser bleiben dieselben: eine korrekte und etwas reservierte Haltung von seiten des Monarchen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Januar/10. Februar 1909.**

Greh hat mir gegenüber seine Befriedigung mit dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen ausgedrückt. Er ist der Ansicht, daß das Verschwinden dieser Frage aus der Reihe derjenigen, welche den Frieden beständig bedroht haben, ein wichtiges Unterpfand zur Erhaltung des Friedens ist. Dieses unerwartete Übereinkommen scheint ihm eine Änderung in der Art und Weise des deutschen Vorgehens zu bedeuten, was allen

zugute kommen würde. Sein vollständiges Vertrauen in die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und England läßt bei ihm keine Besorgnis wegen eines möglichen Hintergedankens Deutschlands aufkommen. Grey hofft, daß das Gefühl der Isolierung, welches sich in Deutschland immer mehr verbreitete, jetzt nicht mehr so stark sein wird. Er ist damit durchaus zufrieden. Denn obwohl seiner Ansicht nach dieses Gefühl nicht berechtigt war, so hat es doch der deutschen Politik eine Haltung eingeflößt, welche zu einer wirklichen Isolierung hätte führen können. Er sagt mir, der Krieg wäre unvermeidlich geworden erstens, wenn Deutschland wirklich isoliert wäre, und zweitens, wenn es die Hegemonie in Europa erlangt hätte. Da die letzte Gefahr nicht mehr besteht, so begrüßt er alles, was die erstere vermindert.

**Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 15./28. Mai 1909.**

Der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien und die Herzlichkeit der Monarchenzusammenkunft wird immer noch von den hiesigen Zeitungen besprochen, welche betonen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn durch neue Bande gekräftigt worden sind. Die Zeitungen sind mit der Festigkeit des Dreibundes zufrieden und weisen auf seine friedlichen Ziele und seine Bedeutung für die Erhaltung des allgemeinen Gleichgewichtes in Europa hin. Das Bestreben, der letzten Monarchenzusammenkunft in Wien besondere politische Bedeutung beizulegen, erklärt sich einerseits aus dem Wunsche der deutschen offiziellen Presse, die Aufmerksamkeit von der ziemlich verwickelten inneren Lage abzulenken, die durch die Durchführung der Finanzreform hervorgerufen worden ist, und andererseits besteht augenscheinlich der Wunsch, in Anbetracht der sich immer schwieriger gestaltenden Beziehungen zu England zu beweisen, daß Deutschland nicht isoliert sei.

Trotz aller Versuche einer Annäherung, wie die Entsendung von Deputationen und Austausch von Begrüßungen und Reden zwischen verschiedenen englischen und deutschen Gesellschaften, wobei die Gemeinsamkeit der kulturellen Interessen beider Länder betont wird, scheint das gegenseitige Mißtrauen zwischen

England und Deutschland nicht zu verschwinden, sondern immer tiefere Wurzeln zu schlagen.

Symptomatisch ist einerseits die englische Furcht eines deutschen Angriffes auf England, wie dies in den phantastischen Gerüchten über deutsche Spione und Luftschiffe zum Ausdruck kommt. Andererseits sind für die deutsche Stimmung die beständigen Hinweise auf die Feindseligkeit der englischen Politik Deutschland gegenüber bedeutsam, ohne von der fieberhaften Tätigkeit der deutschen Behörden zu sprechen, um die Flotte für den Fall eines Zusammenstoßes mit England zu verstärken.

Unter dem Einflusse dieses Gedankens sucht Deutschland seine Beziehungen zu Frankreich zu verbessern und befürchtet die Möglichkeit einer noch weiteren Annäherung der russischen und englischen Politik, nicht nur in den speziell orientalischen Fragen, sondern auch in solchen, die die Weltpolitik betreffen.

Bemerkenswert ist das Urteil der deutschen Presse über unsere Handlungsweise in Persien, denn die Zeitungen suchen zu beweisen, daß die von uns getroffenen Maßnahmen den Wünschen Englands kaum entsprechen dürften.

**Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 28. Oktober/10. November 1909.**

Einige englische Minister haben gestern während des Bankettes im Guildhall politische Reden gehalten. Nachdem Asquith darauf hingewiesen hatte, daß in einigen Fragen der imperialistischen Politik bedeutende Fortschritte erzielt worden sind, hat er über die allgemeine internationale Lage ein optimistisches Urteil geäußert. Nachdem er die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen England, Japan und Amerika berührt hatte, betonte er die Tatsache, daß das Übereinkommen Englands mit einigen andern Staaten bewiesen hat, daß es keine selbstsüchtigen oder aggressiven Ziele verfolgt, und daß jetzt kein Hindernis besteht, die Beziehungen zu Deutschland zu regeln, was im Interesse beider Staaten liege.

Ohne für die Richtigkeit meiner Angaben bürgen zu können, glaube ich annehmen zu dürfen, daß der sich hier schon zwei Wochen aufhaltende deutsche Kolonialminister Dernburg in seinen Unterredungen mit den hiesigen politischen Führern die

Frage einer Regelung der deutsch=englischen Beziehungen angeregt hat und daß der englische Ministerpräsident nur nach diesem Meinungs austausche seinem Wunsche, die Beziehungen der beiden Länder gebessert zu sehen, so offen hat Ausdruck geben können.

#### **Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.**

In Deutschland macht sich in letzter Zeit immer mehr das Bestreben bemerkbar, bessere und aufrichtigere Beziehungen zu England herzustellen. Diese Bestrebungen finden sowohl in der Presse als auch in den Reden des deutschen Kolonialministers in England nach seiner Rückkehr aus Afrika Ausdruck.

Man muß annehmen, daß diese neue anglophile Strömung von der Regierung gefördert wird, und sie bildet vielleicht eine Antwort auf die kürzlichen Erklärungen Asquiths, das Londoner Kabinett habe seinerzeit Deutschland einen Vorschlag gemacht, sich über die Einschränkung der Rüstungen zur See zu einigen.

Auf alle Fälle erklärt die Presse einstimmig, daß der Kanzlerwechsel ein Einverständnis mit England erleichtert habe, und daß, seitdem der englandsfreundliche Bethmann Hollweg sein Amt angetreten habe, in dieser Hinsicht schon ein großer Schritt vorwärts getan worden sei. Der glänzende Empfang, der Dernburg in England zuteil geworden ist, die deutsch=englischen Verhandlungen über den Kongo, die Reden der Admirale Köster und Seymour anlässlich der Anwesenheit der deutschen und englischen Flotte bei den Hudson=Feierlichkeiten, alle diese Ereignisse beweisen die freundschaftlichen Gefühle, die wieder im deutschen und im englischen Volke zum Ausdruck kommen.

Die Eile und die Bestimmtheit, mit der die „Enthüllungen“ des früheren Diplomaten vom Rath offiziell dementiert worden sind, beweisen, wie sehr man in Berlin das Wohlwollen Englands schätzt und wie sehr man alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen sucht, die eine Verzögerung oder Verlangsamung der Herstellung besserer Beziehungen bedeuten könnten.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1909/5. Januar 1910.

So nahe auch die allgemeinen Wahlen bevorstehen, so schwer ist es, ihr Ergebnis vorauszusehen. Die Reden folgen aufeinander, ohne daß sie ein neues Licht auf die Lage werfen. Alles ist schon gesagt worden, und man beschränkt sich auf Wiederholungen, welche natürlich eine immer schärfere Form annehmen. Die Frage des Oberhauses, vielmehr seine legislative Gewalt, tritt immer deutlicher in den Vordergrund, aber selbst in dieser Hinsicht gibt es weder ein Programm noch eine vorgeschlagene Lösung. . . .

Der jetzige Wahlkampf wird jedoch, abgesehen von diesen rein inneren Fragen, durch das Wiederaufflackern eines unerwarteten Chauvinismus gekennzeichnet. Dies findet seinen Ausdruck in dem Gespenst der deutschen Gefahr, welche ein wenig von allen Parteien betont wird, aber ganz hauptsächlich von den Konservativen. Es handelt sich nicht mehr allein um mehr oder weniger sensationelle Zeitungsartikel, sondern um ernste Redner wie Lord Cromer, Lord Curzon und andere.

Ich habe neulich den deutschen Botschafter gefragt, was er über die Haltung der englischen Parteien während des Wahlkampfes vom Standpunkte der englisch-deutschen Beziehungen aus halte. Er hat mir geantwortet, daß trotz des Deutschland feindlichen Lärmes, den wir um uns hörten, er sich nicht besserer Beziehungen zwischen den beiden Regierungen erinnere; wenn die konservative Partei ans Ruder gelange, so werde man sie zuerst an der Arbeit sehen müssen; eine Versammlungs- und Pressepolemik wie die jetzige habe natürlich sehr schlechte Seiten, er könne ihr aber keine übertriebene Bedeutung beimessen und sei durch sie nicht allzusehr beunruhigt.

Mein deutscher Kollege glaubt, daß die konservative Partei das Land überzeugen will, daß es für alle Ereignisse gerüstet sein muß — und dieser Standpunkt wird vom ganzen Lande geteilt; aber wenn die einflußreichen Persönlichkeiten wirklich ehrgeizige oder sogar aggressive Ziele verfolgten, so würden sie sich hüten, so oft und so laut über dieselben zu sprechen. Dem Grafen Metternich zufolge handelt es sich um ein Wahlmanöver einer Partei, die, abgesehen von der sehr strittigen Frage der

Tarifreform, kein bestimmtes Programm besitzt, was immer eine Schwäche bedeutet.

Was mich anbelangt, so teile ich vollkommen die Ansicht meines deutschen Kollegen. Ich glaube sogar, daß diese ganze Agitation nicht sehr weit geht, da sie vor allem durch die Reden eines glänzenden populären und erfahrenen, aber auch eines unzufriedenen Parteiführers genährt wird — ich meine Admiral Lord Charles Beresford.

Meiner Ansicht nach liegt dieser Agitation der verborgene Wunsch zugrunde, wenn nicht ein Übereinkommen zu erzielen, so doch beruhigt zu werden, und ein greifbarer Beweis einer Entspannung würde von der großen Masse des Publikums mit Freuden begrüßt werden.

Ohne besonders optimistisch zu sein, was das Resultat der Bagdadbahn-Verhandlungen anbelangt, glaube ich dennoch, daß diese Annäherungsbestrebungen sofort nach Beendigung der Wahlen auf die eine oder andere Art und Weise wiederaufgenommen werden werden. Ich glaube, dies ist der Wunsch Englands, und ich glaube mich nicht zu irren, daß dies auch von Deutschland gilt. In dieser Hinsicht kann ich nicht die Meinung Pichons teilen, die in einem Briefe unseres Botschafters in Paris erwähnt wird. Diese Ansicht stützt sich auf das Phänomen, daß auf dem Kontinent die radikalen Parteien und noch mehr die Sozialisten sich für ausländische Politik wenig interessieren und gegen Rüstungen sind. Eine derartige Verallgemeinerung trifft auf dieser Seite des Kanals nicht zu.

Es besteht kaum ein Unterschied zwischen dem Interesse der Konservativen und der Radikalen an der auswärtigen Politik, und was die Notwendigkeit von Rüstungen anbelangt, so stimmen beide Parteien überein. Die Ansicht Pichons trifft jedoch für Wahlperioden zu; die ausländische Politik ist nichts anderes als eine Wahlparole. Dies ist meine Auffassung von der jetzigen antideutschen Agitation.

#### **Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 18./31. März 1911.**

Der englische Außenminister hat dem Gedanken eines englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages zugestimmt, wel-

cher sich nicht in den bisher üblichen Grenzen halten, sondern sich auf alle Fragen erstrecken würde. Diese Erklärung hat sowohl in hiesigen Regierungskreisen, als auch in der öffentlichen Meinung ein gewisses Aufsehen erregt.

In dieser Erklärung Greys ist man geneigt den ersten Schritt zu einer Annäherung zwischen England und Amerika zu erblicken, welche letztere in der deutschen Presse einen für die deutschen Interessen bedrohlichen Charakter annimmt — eine Koalition Englands und Amerikas unter möglicher Beteiligung Frankreichs. Diese Befürchtungen schwächen den Eindruck der Rede Greys ab, welche die Hoffnung auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England erweckt hatte.

**Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.**

Grey hat mir erklärt, er habe mir eine sehr vertrauliche Mitteilung zu machen. Die deutsche Regierung hat soeben einen Schritt erneuert, der bereits im Laufe der beiden letzten Jahre erfolgt war, ohne zu irgendwelchen praktischen Folgen zu führen. Es handelt sich um einen Vorschlag, in direkte Verhandlungen über näher zu bestimmende Fragen einzutreten. Das Berliner Kabinett hat hinzugefügt, es würde nützlich sein, eine allgemeine Formel zu finden, um die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten näher zu bestimmen.

Sir Edward hat mir erklärt, daß gewisse Interessen Englands und die Interessen des allgemeinen Friedens eine Verbesserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland wünschenswert erscheinen lassen, indem ein Übereinkommen getroffen wird, welches das deutsch-französische Marokko-Abkommen und die augenblicklichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland ergänzt.

Das Londoner Kabinett hat folglich drei Punkte angedeutet, die die Grundlagen eines Übereinkommens bilden könnten: 1. die Bagdadbahn, 2. die Eisenbahnen in Südpersien, 3. die Küstungen. Ich fragte den Minister, ob er den Ausdruck Bagdadbahn näher bestimmt habe. Er sagte, er habe die Frage mit diesem einen Worte ohne weitere Erläuterungen bezeichnet.

Daselbe könne auch von der Eisenbahn in Südpersien gesagt werden, und er fügte hinzu, es handele sich für England hauptsächlich darum, sich gegen die Gefahr deutscher Eisenbahnkonzessionen in diesen Gebieten zu sichern, da England die ausschließliche Kontrolle über diejenigen Linien haben müsse, deren Konzession es in Zukunft für sich verlangen werde. Dies bedeute nicht, daß England sich in rein finanzieller Hinsicht einer deutschen Teilnahme widersetzen werde, ebenso nicht wie einer französischen und russischen Teilnahme, falls dies gewünscht werden sollte.

Sir Edward sagte nichts über die Rüstungen. Seine Ansicht in dieser Hinsicht ist Ihnen bereits bekannt. Ich glaube nicht, daß er an die unmittelbare Verwirklichung dieses Gedankens glaubt, aber es liegt ihm daran, ihn zur Diskussion zu bringen.

Über die Frage einer allgemeinen Formel, die Deutschland vorgeschlagen hat, hat der Minister sich ausführlich geäußert. In seiner ersten Antwort an die deutsche Regierung habe er einen derartigen Gedanken nicht völlig von sich gewiesen, aber bemerkt, daß die Übereinkommen Englands mit Rußland und Frankreich keine derartige allgemeine Formel enthalten, daß auf alle Fälle das Londoner Kabinett keine annehmen könne, welche die jetzigen Beziehungen zu den Kabinetten Petersburgs und Paris beeinträchtigen würde, daß er aber eventuelle Vorschläge der deutschen Regierung prüfen wolle.

Als Erläuterung fügte Sir Edward hinzu, daß er den Nutzen einer derartigen allgemeinen Formel nicht einsehe und daß eine solche nur möglich wäre, wenn sie so abgefaßt würde, daß Rußland und Frankreich ihr beitreten könnten; dies würde zu einem gewissen allgemeinen Abkommen führen, welches jedoch den jetzigen Zustand nicht verändern könnte.

Ich dankte Sir Edward für seine Mitteilungen und fügte hinzu, daß Seine Excellenz den ganz besonders freundschaftlichen und vertraulichen Charakter derselben schätzen würden.

Die in Aussicht genommenen Verhandlungen beziehen sich also nicht auf drei, sondern auf vier Punkte: die drei von England vorgeschlagenen und die allgemeine Formel des Kabinetts von Berlin.

**Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in London  
Bendendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom  
15./28. März 1911.**

Infolge der Abreise unseres letzten Kuriers habe ich noch nicht Zeit gefunden, Ihnen meine Ansicht über die mir von Grey gemachten Mitteilungen zukommen zu lassen. . . .

Ich brauche nicht ausführlich über die Frage der Rüstungen zu sprechen, die, wie mir scheint, mehr eine Formsache ist; selbst wenn diese nicht gelöst werden könnte, würde es nicht bedeuten, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen zu keinem praktischen Resultate geführt haben. Es bleibt mir nur übrig, den Punkt zu erwähnen, der auf die Initiative Deutschlands zurückzuführen ist — die allgemeine Formel, die die zukünftigen Beziehungen der beiden Mächte umfassen soll. In politischer Hinsicht scheint mir dies der wichtigste Punkt zu sein. Er würde ein englisch-deutsches Übereinkommen über alle uns direkt interessierenden Fragen bedeuten — Türkei, Persien und überhaupt den Osten.

Sie werden bemerkt haben, daß Grey in seiner Antwort seiner festen Absicht Ausdruck verliehen hat, auf dem Boden der Entente der drei Mächte zu bleiben, wodurch also jedes Projekt eines ausschließenden Abkommens zwischen England und Deutschland abgelehnt wird.

Ich kann jedoch nicht leugnen, daß die öffentliche Meinung Englands heute weniger abgeneigt ist, Deutschland Zugeständnisse zu machen und die Beziehungen zwischen beiden Ländern inniger zu gestalten, als dies bis jetzt der Fall war, und ich muß hinzufügen, daß der Schleier, der in den Augen des großen Publikums unsere Verhandlungen mit Deutschland zudeckt, hier wie eine ätzende Lösung wirkt und daß es in unserem Interesse liegt, diesem Zustande so bald wie möglich ein Ende zu machen.

Wie allgemein bekannt, ist aus besonderen Gründen die englisch-russische Entente in den parlamentarischen Kreisen der äußersten Linken nie beliebt gewesen. Die deutschfreundliche Propaganda hat sich zuerst an diese Partei gewandt und hat dann unsere jetzigen Verhandlungen mit Deutschland dazu benutzt, um weitere Kreise der liberalen Partei an sich zu ziehen. Das Ziel ist noch lange nicht erreicht, aber gewisse Blätter, wie

die Westminster Gazette, widerlegen sich nicht mehr systematisch dem Gedanken besserer Beziehungen zu Deutschland. Ich weiß nicht, ob Euer Excellenz sich eines Berichtes erinnert, den ich vor zwei Jahren über eine Unterredung mit Lord Curzon eingeschickt habe. Dieser Staatsmann hat mir erklärt, daß seiner Ansicht nach die Bedingungen der über Persien abgeschlossenen Konvention für England unvorteilhaft seien, und daß er deshalb gegen die Konvention gewesen sei; prinzipiell jedoch befürworte er so sehr eine Entente zwischen England und Rußland, daß er sich mit diesen Fehlern gern ausöhnen wolle, wenn es gelänge, die Entente während der schwierigen ersten Jahre aufrechtzuerhalten.

Dies ist bis jetzt der Fall gewesen, ist es aber heute nicht mehr ganz. Ich habe nicht gehört, daß die Erhaltung der Entente in Frage gestellt wäre — man spricht jetzt aber weniger von der Entente, trotz der Reden Grey's im Parlamente.

Eine derartige Stimmung unterstützt die Annäherungsbestrebungen an Deutschland, und diese werden erst eine Schwächung erfahren, nachdem man sich über die Tragweite unserer Verhandlungen mit Deutschland klar geworden sein wird.

Der wichtigste Punkt ist unsere Aktionsfreiheit in der Frage der türkischen vierprozentigen Zollerhöhung. Steht diese einmal fest, so wird England wissen, bis zu welchem Grade es auf unsere Unterstützung bei den Bagdadbahn-Verhandlungen wird rechnen können, und dadurch wird der Eindruck verhindert werden, daß die russische Politik an den Zugeständnissen schuld sei, die England in dieser Frage wird machen müssen.

Ich glaube nicht, daß es ihm möglich sein wird, alle seine Ansprüche hinsichtlich Koweits und der Linie Bagdad nach dem Persischen Golfe aufrechtzuerhalten. Es wird sich vielmehr darum handeln, den türkischen Vorschlag in einem für England günstigen Sinne abzuändern.

Auch scheint es mir dringender notwendig, im jetzigen Augenblick jeden Gegensatz zwischen russischen und englischen Interessen in den persischen Eisenbahnfragen zurücktreten zu lassen, indem wir uns mit denjenigen Linien einverstanden erklären, deren Bau unabwendbar ist. Auch sollten wir alle andern Fragen im Geiste des größten Entgegenkommens erledigen, wie z. B.

die Frage der Grenze der territorialen Gewässer. Sonst dürfte es für Deutschland allzu vorteilhaft werden, mit uns und mit England getrennt zu verhandeln. Jeder Anschein eines Gegensatzes zwischen uns und England würde Deutschland unmittelbar nützen.

**Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 9./22. November 1911.**

In einem meiner vorherigen Briefe habe ich Euerer Exzellenz berichtet, daß im Parlamente die Opposition gegen die Politik Sir Edward Greys wächst. Da ich vollkommenes Vertrauen zu seinem Einflusse auf das Parlament habe, würde ich diesem Umstande keine besondere Bedeutung beilegen, wenn ich nicht auch an andern Orten gewisse Beobachtungen gemacht hätte, über die ich Ihnen einige Einzelheiten mitteilen will.

In der öffentlichen Meinung und der Presse sowohl Deutschlands als auch Englands herrscht die bestimmte Ansicht, daß die Beziehungen beider Länder vielleicht noch niemals so gespannt gewesen sind wie soeben, und wie dies bis zu einem gewissen Grade auch jetzt noch der Fall ist. Ich bin der Ansicht, daß man dieser Tatsache keine allzu große Bedeutung beilegen darf, wenigstens was die Zukunft anbelangt.

Es ist allerdings wahr, daß die Annäherungsversuche, von denen ich Euerer Exzellenz gesprochen habe, plötzlich zu einem Stillstand gekommen, vielmehr unterbrochen worden sind; es ist wahr, daß die Leidenschaften sich erhitzt haben und daß die Sprache nicht nur der Presse, sondern auch der Diplomatie eine bis jetzt unbekannte Schärfe angenommen hat. Aber gerade dieses ruft bei mir gewisse Erwägungen hervor.

Denn wenn man in England einerseits unbedingtes Vertrauen in die Zukunft des ungeheuren russischen Reiches hat, was uns hier stärkt, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß England und Deutschland eine gewisse Achtung voreinander haben, so daß sie sich in gewissen Fragen nachahmen und in vielen Punkten bewundern. Um meine Gedanken klarer auszudrücken — weder das eine noch das andere Land hegt diese Bewunderung für Frankreich.

Die letzten Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß sich die beiden Staaten plötzlich einander gegenübergestanden sind. Man konnte nicht weiter gehen. Sie haben sich gegenseitig gemessen. Daß hierbei der Gegensatz verschärft werden mußte, ist klar, doch kann sich dieses leicht ändern. Das öffentliche Leben in England ist schwer zu verstehen und zu beurteilen, aber die vollkommene Freiheit seiner Entwicklung bringt es mit sich, daß gewisse Strömungen schneller als anderswo entstehen.

Ich wäre erstaunt, wenn aus dieser selben Krise nicht eine Reaktion im Sinne einer Annäherung hervorgehen würde, und zwar könnte dies schneller eintreten, als man allgemein glaubt. Ich glaube, daß die parlamentarische Opposition, die ich erwähnt habe, ein gewisses Anzeichen ist. Andererseits haben die Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, ohne Zweifel bereits eingesetzt, und zwar kommen sie aus Deutschland. Ich will keine übertriebenen Folgerungen aus dem Gesagten ziehen. Da die parlamentarische Opposition die Ententepolitik Sir Edward Grey unterstützt, welcher der König ebenso zugetan ist wie sein verstorbener Vater, so bildet dies eine Gewähr für die Dauer der Greyschen Politik. Es besteht für mich aber kein Zweifel, daß, wenn diese Politik aus dem einen oder andern Grunde aufgegeben werden müßte, die Isolierung Englands zu seiner Versöhnung mit Deutschland führen würde.

In diesen Erwägungen ist der Grund zu suchen, weshalb es Grey so sehr daran gelegen ist, alle Interpellationen beantworten und den Erfolg seiner Politik im Interesse des allgemeinen Friedens betonen zu können. Deshalb habe ich auch mit großer Beunruhigung in Persien einen Zwischenfall entstehen sehen, der in einem politisch so ungünstigen Zeitpunkte leider größere Bedeutung angenommen hat.

**Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 26. Januar/8. Februar (?) 1912.**

Ich bitte um die Erlaubnis, meine Beobachtungen über die Politik Englands, über die ich Euerer Exzellenz schon oft, aber nur fragmentarisch geschrieben habe, jetzt in einem Briefe zusammenfassen zu dürfen.

Ich kann keinen bessern Ausgangspunkt finden, als Sie an die Worte zu erinnern, die Grey vor ein paar Wochen an mich gerichtet hat.

Den Gedankengang entwickelnd, wie wichtig es sei, unsere Kooperation in Persien aufrechtzuerhalten, fügte der Minister fast wörtlich hinzu: „An dem Tage, an dem unsere Kooperation, eine gegenseitige Unterstützung, schwer aufrechtzuerhalten wäre, würde auch unsere Konvention hinfällig werden. Der Bruch dieser Konvention würde auch den Zusammenbruch der Entente nach sich ziehen. Und verschwindet die Entente, so müßte die englische Politik an eine neue Orientierung denken, und man müßte dabei über die Schnelligkeit des Umschwunges in der öffentlichen Meinung nicht erstaunt sein.“ Der Minister fügte hinzu: „In diesem Falle würde ich mich zurückziehen, denn es würde nicht wünschenswert sein, daß ich im Amte bliebe.“

Diese letzten Worte konnten nur bedeuten, daß er, was seine Person anbelangt, diesen eventuellen Umschwung nicht billige; daß er ihn für die englischen Interessen schädlich halte und denselben nicht unterstützen würde.

Mit der ihm eigentümlichen Klarheit hatte Sir Edward Grey mit wenigen Worten eine Lage charakterisiert, die sich übrigens auf den damaligen Zeitpunkt nicht bezog. Wir haben es noch nicht mit diesem Umschwunge zu tun, und die Konvention und die Entente können nicht nur erhalten bleiben, sondern können noch tiefere Wurzeln fassen unter der Bedingung, daß die jetzige persische Krise in einer Weise gelöst wird, die den beiderseitigen Interessen Rußlands und Englands entspricht, und daß diese Lösung möglichst schnell gefunden wird — eben um die Entente zu erhalten.

Nicht über persische Fragen jedoch will ich heute Guerer Exzellenz schreiben. Ich wiederhole: wir haben es heute noch nicht mit dem Umschwunge zu tun, den Sir Edward befürchtete. Man darf sich jedoch nicht einer Tatsache verschließen, die hier in London in die Augen fällt: die öffentliche Meinung beginnt die politische Bilanz der Ententen zu ziehen. Trotz der politischen Reife und Erfahrung ist das englische Publikum dasselbe wie überall: sein Urteil geht nicht tief, es bleibt auf der Oberfläche. Es handelt sich hier nicht nur um einige Sozialisten und Na-

dikale, noch um eine beständige Beeinflussung der Presse von der andern Seite des Meeres. Es handelt sich um ein Gefühl, das sich in ganz andern Kreisen bemerkbar macht, selbst in konservativen.

Man sieht nicht mehr klar, was unsere Politik in Persien will; ebenso versteht man nicht ganz unsere Beziehungen zu Deutschland. Diese Ungewißheit läßt manchmal wieder die Frage des Weges nach Indien aufleben. Man denkt an den Islam; man befürchtet den Eindruck einiger von uns getroffener Maßnahmen.

Was Frankreich anbelangt, so haben die Umstände, die den Fall des Kabinetts Cailleaux herbeigeführt haben, obwohl sie übertrieben werden, die englische öffentliche Meinung erstaunt und das bisherige unerschütterliche Zutrauen zu der Loyalität Frankreichs zur Entente einigermaßen in Frage gestellt.

Vor allem aber ist das englische Publikum jetzt, da die europäischen Krisen ein Ende gefunden und die Gemüter sich beruhigt haben, erstaunt, feststellen zu müssen, daß England sich zweimal am Vorabend eines fürchterlichen Krieges befunden hat, und zwar aus Gründen, die es in übrigens kurzfristiger Weise nur indirekt mit den englischen Interessen in Verbindung bringen kann, während anlässlich der Balkankrise die Rolle Frankreichs etwas zweifelhaft schien, ebenso wie Rußlands Stellung anlässlich der Marokko-Frage nicht ebenso deutlich zutage getreten ist wie die Haltung Englands.

Die Ententen, die man bis jetzt für Friedensgarantien hielt, sind dies nicht mehr in demselben Maße, wie man im Anfange geglaubt hatte. Und der Gedanke: „Wäre ein Übereinkommen mit Deutschland nicht doch vorteilhafter für England?“ dringt zu mir wie ein Echo aus einer Richtung, die ich nie erwartet hätte, und drückt eine Meinung aus, die noch vor sechs oder acht Monaten ganz unmöglich gewesen wäre.

Die von mir angeführten Worte gehen übrigens über den Instinkt des Publikums und vor allem über die öffentlichen Äußerungen hinaus. Es ist wahr, daß sich bereits verschiedene wichtige Komitees gebildet haben, ebenso wie es richtig ist, daß bereits die gesamte liberale und ein Teil der konservativen Presse offen für eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen

eintritt. Diese gewünschte Verbesserung bedeutet natürlich ein gewisses Übereinkommen, ohne jedoch die schon bestehenden Übereinkommen ausschalten zu wollen. In diesem Sinne hat sich Lloyd George in einer öffentlichen Rede ausgesprochen. Dies würde aber gleichzeitig bedeuten, daß, wenn die Entente mit Rußland oder mit Frankreich (und die Entente mit Rußland gilt als entscheidend) versagen sollte, das Übereinkommen mit Deutschland weiter ausgebaut werden würde.

Erlauben Sie mir, hier eine Erwägung einzuschalten. Es kann auf den ersten Anschein merkwürdig erscheinen, daß die Feindseligkeit gegen Deutschland, die vor ein paar Monaten noch so stark war, daß sie im Augenblicke, als der Krieg drohte, fast einstimmig wurde, sich jetzt so schnell beruhigt hat. Die Feindseligkeit besteht, Deutschland ist noch immer, wenn nicht der Feind, so doch die Gefahr. Deutschland ist schuld daran, daß die Flotten beständig verstärkt werden müssen. Die Gemüter haben sich jedoch genügend beruhigt, um die Möglichkeit einer Veränderung zuzugeben, wenigstens in genügendem Maße, um den Bau von überzähligen Dreadnoughts unnötig zu machen. Der Grund, weshalb die Gemüter sich hier schneller als in Deutschland beruhigt haben, wo die antienglische Stimmung noch immer auf dem Höhepunkt steht, ist darin zu suchen, daß man hier in England das Gefühl hat, einen Erfolg errungen zu haben, während in Deutschland eher das Gegenteil der Fall ist. England wird dort beschuldigt, einen Mißerfolg Deutschlands herbeigeführt zu haben, der seither diplomatisch verschleiert worden ist. Der Erfolg beruhigt, der Mißerfolg erregt.

Abgesehen hiervon scheint mir die Erregung in Deutschland dadurch hervorgerufen zu werden, daß England hartnäckig auf dem Boden der Entente mit Rußland und Frankreich geblieben ist. Als Österreich die russischen Interessen auf dem Balkan unter dem Schutze Deutschlands bedrohte, hat England uns unterstützt und hat ebenfalls Deutschland die Zähne gezeigt, als letzteres in der übrigens unbegründeten Hoffnung auf eine englische Neutralität gegen die französischen Interessen in Marokko vorgegangen ist. Man wiederholt immer wieder in Deutschland: „Immer ist England gegen uns.“ Man will nicht zugeben, daß England seine eignen Interessen in Konstantinopel und in

Saloniki, ebenso wie an den marokkanischen Küsten zu verteidigen hatte.

Diese antienglische Stimmung in Deutschland bedeutet natürlich selbst für ein bedingtes Übereinkommen zwischen beiden Staaten eine große Schwierigkeit. Was würde aber geschehen, wenn eine der beiden Ententen, hauptsächlich die mit Rußland, gelöst werden sollte? Die Antwort ergibt sich von selbst. Ich bin überzeugt, daß die Feindseligkeit gegen England verschwinden und sich ebenso schnell in eine versöhnliche Stimmung verwandeln würde, wie dies heutzutage bei einem Teile der englischen öffentlichen Meinung der Fall ist.

Man sagt, daß die persönlichen Gefühle Kaiser Wilhelms ganz besonders verletzt worden sind. Wenn dies der Fall ist, und ich glaube, es trifft zu, so ist dies dem soeben angeführten Grunde zuzuschreiben.

Wenn ein Bruch in einer der englischen Ententen eintreten sollte, so würde die Politik Deutschlands einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen haben, denn dies ist ein Ziel, welches sie seit dem Bestehen dieser Ententen verfolgt. Deutschland sucht die schwache Stelle der Rüstung, und ich bin nicht abgeneigt, anzunehmen, daß es sie in Persien gefunden zu haben glaubt. Wenn mich nicht schon die Art und Weise, in der die deutsche Presse unsere Schwierigkeiten ausbeutet und übertreibt, hiervon überzeugen würde, so beweisen es mir meine Unterredungen mit dem Grafen Metternich und sein Urteil über diese Schwierigkeiten.

Ein offensichtlicher Gegensatz zwischen uns und England in Persien, eine unglückliche Abstimmung im englischen Parlamente, durch den Zufall unserer Verhandlungen hervorgerufen, würde der politischen Karriere Sir Edward Greys ein Ende setzen und gleichzeitig die Erbitterung Kaiser Wilhelms besänftigen. Er könnte dann seine persönliche Aktion in England wiederaufnehmen, die stets der öffentlichen Meinung seines eignen Landes vorausgeeilt ist. Ich glaube mich in dieser Hinsicht nicht zu irren. Dies wäre aber auch die natürlichste Sache der Welt. Deutschland hat sich über den sogenannten aggressiven Zweck der Politik der Entente geirrt. „Der eiserne Ring“, der sprichwörtlich geworden ist, beruht auf einem Irrtum. Soviel ich weiß, hat

die russische Regierung nicht versucht, sich berechtigten Interessen Deutschlands, wenn sie nicht auf die unsrigen hinübergreifen, zu widersetzen. Andererseits hat Sir Edward Grey, sowohl öffentlich als auch mir gegenüber, stets in Abrede gestellt, daß er Deutschland isolieren wolle. Jeder Versuch, hat er mir wiederholt, den Dreibund zu zerstören, wäre ein Fehler. Seiner Ansicht nach würde die Isolierung Deutschlands eine tatsächliche Gefahr für den Frieden bedeuten.

Es ist aber trotzdem richtig, daß jedesmal, wenn die deutsche Regierung ihre Interessen in Gebiete tragen wollte, in denen Interessen anderer Mächte bestanden, sie sich nicht der einen oder andern Macht gegenübergestellt sah, sondern einer Mächtegruppe.

Ist diese Gruppe einmal aufgelöst, so verändert sich die ganze Lage. Deutschland könnte dann wählen, und dank seiner geographischen Lage und der ihm innewohnenden Kraft würde dies in Wirklichkeit die Vorherrschaft bedeuten.

Das Vorausgehende genügt, um meinen Zweck zu erreichen, die allgemeine Stimmung in England in der Frage der Ententen und der zukünftigen Beziehungen zu Deutschland so genau wie möglich zu schildern. Um mich zusammenzufassen — es besteht allgemein der Wunsch, die Beziehungen zu verbessern, ohne weiterzugehen. Die Notwendigkeit des Fortbestehens der Ententen wird zugegeben; diejenige mit Rußland, von der man mit weniger Nachdruck spricht, ist jedoch die wirkliche Grundlage. Ich glaube, daß die Entente mit Frankreich für England nicht mehr dieselbe Bedeutung haben würde, wenn die unsrige ausgeschaltet würde.

Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß man allgemein das Gefühl hat, daß diese Ententen bis jetzt nicht zu dem Resultate geführt haben, auf das man gehofft hatte, und vor allen Dingen nicht genug Ruhe und völlige Sicherheit geboten haben.

Wenn ich mich so ausführlich über diesen Gegenstand verbreitet habe, so ist es aus dem Grunde geschehen, weil die englischen Regierungen, so treu sie den von ihnen übernommenen Verpflichtungen nachkommen — und ich glaube, dies gilt von keinem mehr als vom jetzigen Kabinett —, letzten Endes doch von der öffentlichen Meinung abhängen. Die Entscheidung

liegt in den Händen der letzteren. Und wenn auch die öffentliche Meinung in England ihrer Regierung einen höheren Grad von Vertrauen entgegenbringt als in andern Ländern, so muß man diese Tatsache nicht für allzu dehnbar halten. Deshalb habe ich auch immer betont, wie wichtig es ist, Grey stets die Möglichkeit zu geben, die von uns getroffenen Maßregeln öffentlich erklären und beweisen zu können, daß die Interessen Englands in Berücksichtigung gezogen worden sind. Unsere eigene Handlungsfreiheit wird dadurch natürlich durchaus nicht beeinträchtigt, ist aber, wie ich meine, die natürliche Folge einer jeden Entente und einer jeden Konvention.

Ich will diesen Brief nicht schließen, ohne einen Blick auf die Lage zu werfen, die sich für Rußland und seine internationalen Beziehungen ergeben würde, wenn entgegen allen Erwartungen das Abkommen über Persien und die Entente mit England gelöst werden sollte. Es will mir scheinen, daß man sich in Rußland über diese Frage nicht genügend Rechenschaft gibt: ich glaube, man nimmt allzu leicht an, daß wir immer noch Deutschland haben, wenn wir England oder sogar Frankreich verlassen. Ich darf Euerer Erzellenz meine feste Überzeugung nicht verhehlen, daß dies nicht zutreffend ist, was wenigstens die Zukunft anbelangt. Deutschland würde sich endgültig auf die Seite Englands stellen. Für Rußland würde sich eine Isolierung und eine Mächtegruppierung ergeben, deren Kern aus England und Deutschland bestehen würde, was wiederum zur unausbleiblichen Folge führen müßte, daß die russischen Interessen nicht mehr berücksichtigt werden würden.

Ich will nicht übertreiben und niemandem machiavellistische Absichten zuschreiben. Ich habe stets geglaubt, daß übertriebener Argwohn in der Politik ein schlechter Berater ist. Ich glaube nicht, daß England absichtlich seine Lage schwieriger gestalten würde, indem es sofort zur Politik der beständigen Reibungen mit uns zurückkommen würde; dies ist der spezielle Charakter der englischen Politik gewesen, ist es jetzt aber nicht mehr.

Andererseits habe ich Zutrauen zu den traditionellen und persönlichen Gefühlen Kaiser Wilhelms uns gegenüber. Bleiben die Ententen bestehen und werden unsere früheren Beziehungen zu Deutschland bis zu einem gewissen Grade wiederhergestellt,

So könnte es uns nur nützen, wenn zwischen Deutschland und England ein *modus vivendi* besteht. Selbst im Falle eines völligen Umschwunges, welcher einem Bruch zwischen England und Rußland folgen müßte, würde meiner Ansicht nach Kaiser Wilhelm bestrebt sein, die Beziehungen zu uns aufrechtzuerhalten.

Welches wäre aber unsere wirkliche Lage? Ich kann in diesem schon allzu langen Briefe nur eine allgemein gehaltene Antwort geben:

England befindet sich an der Spitze eines ungeheuren Kolonialreiches, welches seiner Tätigkeit, seinem Unternehmungsgeiste und seinem Kapital genügt; dieses Reich steht mitten in der Umformung und inneren Entwicklung, die oft mit außerordentlicher Geschwindigkeit vor sich geht, wie z. B. in Kanada und in Indien. England ist mit Ländereien gesättigt, so daß es, kaum daß es ein neues Gebiet erworben hat, und wir wissen um den Preis welcher Anstrengungen, sich beeilt, ihm seine Autonomie zurückzugeben. England hat in Wirklichkeit kein anderes Ziel im Auge, als seine Verbindungswege und Handelsstraßen zu sichern, was oft ungeheure Schwierigkeiten bietet. Als Mittel hierzu hat es sehr weise den Frieden mit seinen frühern Rivalen Frankreich und Rußland gewählt. Sollte dieses Mittel versagen, so bleibt ihm nur übrig, mit seinem hauptsächlichsten Nebenbuhler, d. h. Deutschland, ein Übereinkommen zu treffen, sozusagen auf Grund eines Kompromisses mit ihm zu teilen. Wie ich darauf hingewiesen habe, scheint sich die englische öffentliche Stimmung Deutschland zuzuwenden.

Deutschlands Lage ist bis zu einem gewissen Grade derjenigen Englands entgegengesetzt. Als anlässlich der Marokko-Krise der deutsche Botschafter dem englischen Minister erklärte: „Man teilt die Welt, wir sind mehr eingeengt als alle andern, wir haben auch ein Anrecht auf einen Teil der Beute“, so war in diesen Worten ein Teil Wahrheit enthalten.

Es ist kein Geheimnis, mit welchem Erfolge Deutschland nach seinen Siegen und der Konsolidierung seiner Macht seine innern Kräfte entwickelt hat. Sehr reich, ist es noch energischer und unternehmender als reich, es braucht Kapital. England kann ihm dieses nur in unzulänglichem Maße zur Verfügung

stellen; aber Frankreich wird es können, und wenn England sich diesem einmal nicht mehr widersetzt, so würde der französische Markt für Deutschland nicht lange mehr verschlossen bleiben. Nicht ohne Ehrgeiz, seine kolonialen Besitzungen zu vergrößern, geht Deutschland doch eher auf dem Wege der Durchdringung vor, indem es sich hauptsächlich großartigen Unternehmungen zuwendet, bei denen es jedoch stets auf den Widerstand Englands stößt. Es ist wahr, daß Rußlands Gewicht außerordentlich bedeutend ist, aber in überseeischen Fragen ist England, selbst allein, das größte Hindernis.

Der schlagendste Beweis scheint mir die Bagdadbahn zu sein. Meiner Ansicht nach ist die Rolle, die dieses Unternehmen in der Weltpolitik spielt, viel bedeutender, als man auf den ersten Blick glauben könnte. Das Interesse, welches es in Deutschland hervorruft, umfaßt das ganze Land. Die Finanz fast ganz Europas, selbst Englands, beteiligt sich an diesem Projekte. Und doch ist es hauptsächlich England, welches Schwierigkeiten in den Weg legt.

Man wiederholt oft in England — und dies ist die Ansicht seiner führenden Politiker, sowohl der konservativen als auch der liberalen Partei, sowohl der jetzigen Machthaber als auch der früheren —, daß eine der größten Schwierigkeiten bei einem englisch-deutschen Übereinkommen in dem Mangel einer Basis, in der Abwesenheit von Verhandlungsgegenständen besteht. Diese Ansicht scheint mir übertrieben; ich glaube, daß die Bagdadbahn leicht eine solche Basis bilden könnte. Es haben bereits verschiedene Ansätze zu Verhandlungen stattgefunden; die internationalen Verpflichtungen Englands, aber vor allem sein Mangel an gutem Willen haben niemals erlaubt, diese Verhandlungen weiter fortzuführen. Es wäre anders wenn England, unserer Unterstützung beraubt, sich entschließen würde, den nötigen guten Willen zu zeigen und seine jetzigen Ansprüche zu mäßigen, indem und weil es in einem Übereinkommen mit Deutschland eine jener Sicherungen erblicken würde, die es nötig zu haben glaubt.

Dies könnte sich auch ohne einen Bruch der Tripelentente ereignen, aber unter andern Bedingungen und ohne die obengeschilderten Folgen für uns nach sich zu ziehen.

Ist aber einmal die Entente gesprengt, so bedeutet dies für Deutschland, daß das eine Übereinkommen auch noch andere nach sich ziehen wird. Persien wird seinem Kapital und seiner Industrie geöffnet; Kleinasien fällt in seine Einflußsphäre. Es würde notwendigerweise auf den Widerstand Rußlands stoßen, aber diesmal wäre Rußland isoliert, und so mächtig es auch sein mag, so muß man doch zugeben, daß es einstweilen für einen ökonomischen Wettkampf noch schlecht gerüstet ist.

Durch ein Übereinkommen mit England würde der deutsche Einfluß in Konstantinopel einen Zuwachs erfahren; es ist wahr, Deutschland müßte diesen Einfluß mit England teilen, doch würde ihm immerhin der Löwenanteil zufallen, und es wäre erstaunlich, wenn die Türkei sich nicht ganz auf seine Seite stellen würde.

Ich möchte die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz durch eine Weiterführung dieser Parallele nicht ermüden, die man überall dort ziehen kann, wo englischer und deutscher Unternehmungsggeist aufeinanderstoßen und wo Raum für Kompromisse ist.

Man muß endlich auch berücksichtigen, wie wichtig in den Augen der öffentlichen Meinung beider Länder die Frage der beständigen Vergrößerung der beiden Flotten ist. Es ist wahr, es handelt sich um eine rein finanzielle Frage, aber gerade diese finanzielle Seite beschäftigt die deutschen und englischen Steuerzahler beständig und richtet ihre Aufmerksamkeit immer wieder auf denselben Punkt zurück. Ich glaube, daß die Flottenfrage einen großen Einfluß auszuüben berufen ist. Ich glaube, sie kann durch kein diplomatisches Dokument eine direkte Lösung erhalten. Eine Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder zueinander würde nicht genügen. Ich glaube, Sie kann restlos nur als Folge eines vollständigen Einvernehmens gelöst werden.

Dies alles würde einen Vorteil Deutschlands bedeuten; für England ist das Geschäft schlecht. Auch würde es sich nur gezwungenermaßen hierzu entschließen.

Zwei Ursachen bestimmen hauptsächlich in den Augen des vernünftigen Teiles der englischen öffentlichen Meinung den Wert der Entente mit Rußland: ein tiefgewurzelttes Vertrauen in Rußlands Zukunft und der zweifelhafte Vorteil einer Entente mit Deutschland.

Vom deutschen Standpunkte aus ist das Verhältnis ein anderes, und dieser Umstand wird den Gang der Ereignisse bestimmen, wenn die jetzige politische Konstellation sich verschieben sollte.

Dies war stets meine Ansicht, ich bin aber in derselben durch die Beobachtung der öffentlichen Strömungen in beiden Ländern seit den letzten Krisen noch bestärkt worden.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 26. Januar/8. Februar 1912. — Nr. 27.**

Infolge eines Unwohlseins habe ich erst heute einer Aufforderung Greys Folge leisten können. Er hat mir ein Telegramm vorgelesen, das er an den englischen Botschafter in Petersburg anlässlich der Reise Halbanes nach Berlin richtet. Grey hat weiter keine Kommentare hinzugefügt. Er hat nur gesagt, er glaube, daß eine Entspannung zwischen England und Deutschland dem allgemeinen Frieden nur dienen könne; daß die große Schwierigkeit, die sich einer solchen Entspannung entgegenstellt, die periodisch anwachsenden Flottenrüstungen seien; daß in dieser Frage schon mehrfach ein Gedankenaustausch zwischen den beiden Regierungen stattgefunden habe, ohne jedoch zu einem praktischen Resultate zu führen. Die letzte Eröffnung Deutschlands ist kurz vor dem Zwischenfalle Agadir nach London gelangt, was notwendigerweise eine längere Verzögerung der englischen Antwort nach sich gezogen hat. Diese Antwort ist im Januar nach Berlin abgegangen. Sie bezog sich auf untergeordnete Fragen. Aber diese gegenseitigen Mitteilungen bedeuteten einen so geringen Fortschritt, daß sich immer noch kein Material für diplomatische Verhandlungen durch die Botschafter finden ließ; er, Grey, mache sich keine Illusionen über die Schwierigkeit einer Lösung, doch habe es dem Londoner Kabinett immerhin geschienen, daß die Stimmung in Berlin derart sei, daß ein privater Meinungs-austausch mit einem der hervorragendsten englischen Staatsmänner anlässlich einer zufälligen Reise nützlich sein und keine Einwendungen hervorrufen könne. Grey sagte mir, Halbane sei beauftragt worden, in Berlin zu erklären, was man in London über die Frage der Rüstungen

denke, und die ihm gegebene Antwort nach London ad referendum mitzuteilen. Ich fragte Grey, ob Haldane nur diese eine Frage berühren würde. Grey erwiderte, daß, wenn Bethmann andere Fragen aufwerfe, Haldane beauftragt sei, ihn anzuhören und dann hierüber zu berichten. Grey fügte hinzu, daß diese Mitteilungen als streng vertraulich betrachtet werden müßten. Er hat in demselben Sinne mit Cambon gesprochen.

**Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Benden-  
dorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 27. Januar/  
9. Februar 1912.**

Unser Marineagent begibt sich morgen nach Petersburg. Es fehlt mir die Zeit, Ihnen über den Inhalt meiner gestern abgeschickten Telegramme einen genaueren Bericht zu erstatten. Unter diesen Telegrammen verdient hauptsächlich dasjenige, welches sich auf die Reise Lord Haldanes nach Berlin bezieht, einige erläuternde Bemerkungen.

Zwei Tage nacheinander hatte Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen. Infolge eines Unwohlseins war mir dies unmöglich, und ich habe ihn erst gestern sprechen können.

Der Minister sagte mir sofort, daß er mit mir über diese Reise sprechen wolle, wie er es vor zwei Tagen mit Cambon getan habe. Er las mir hierauf sein Telegramm an Buchanan vor.

Sodann hat er mir über verschiedene Mitteilungen berichtet, die in langen Zwischenräumen mit dem Berliner Kabinette hinsichtlich der Flottenrüstungen gewechselt wurden. Die letzte englische Antwort, durch die Marokko-Krise verzögert, ist vor zwei Wochen abgeschickt worden. Sie betraf, wie mir Sir Arthur Nicolson später sagte, die Frage der „Naval intelligence“. Sir Edward sagte mir, die Flottenfrage trete immer wieder in den Vordergrund und erzeuge die öffentliche Meinung sowohl Englands als auch Deutschlands. Die soeben erwähnten Mitteilungen hatten kein Resultat gezeitigt, welches zum Ausgangspunkte diplomatischer Verhandlungen hätte genommen werden können. Außerdem hatte sich in Deutschland eine ganze Legende über die wahren Absichten der englischen Politik gebildet, ebenso wie über die Mittel, zu denen die englische Re-

gierung greifen wolle, wie ein plötzlicher Angriff auf die deutsche Flotte — eine Stimmung, die den gewöhnlichen diplomatischen Weg verlegte.

Andererseits lenkte der Minister meine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es sowohl im englischen Publikum als auch im Parlamente gewisse Einflüsse gäbe, die eine solche Spannung unbegründet und schädlich finden. Um einen Ausweg zu finden, habe man sich an einen berufenen und kompetenten Vermittler halten müssen, der außerhalb der gewöhnlichen Diplomatie stand, um in Berlin die englische Politik in ihrem wahren Lichte zu zeigen und um zu erklären, wie verderblich das beständige Anwachsen der Rüstungen werden könne.

Die letzte englische Mitteilung hatte in Berlin einen ermutigenden Empfang gefunden, und das englische Kabinett hat sich deshalb entschlossen, Lord Haldane, der mit seinem Bruder wegen Unterrichtsfragen nach Berlin zu gehen beabsichtigte, zu beauftragen, sich mit Herrn von Bethmann Hollweg auseinanderzusetzen und ihm die Absichten und Beweggründe der englischen Regierung zu erklären, aber nicht in offizieller Weise.

Lord Haldane, so sagte mir Sir Edward, wird den Standpunkt des Londoner Kabinetts in der Flottenfrage mit aller Offenheit entwickeln und die ihm zuteil werdende Antwort entgegennehmen. Ich fragte Sir Edward, ob es sich dabei um keine andere Frage handeln würde. Der Minister erwiderte, daß, wenn der Reichskanzler eine andere Frage besprechen wolle, Lord Haldane ihn anhören und die deutschen Ansichten ad referendum nach London berichten würde.

Sir Edward fügte hinzu, daß er in Anbetracht der jetzigen Beziehungen zwischen England, Rußland und Frankreich unsere beiden Regierungen genau über die wahre Sachlage unterrichten wolle, um das Ziel, das vom Londoner Kabinett verfolgt wird, deutlich zu erklären — nämlich zu versuchen, einer schädlichen Spannung der beiderseitigen Beziehungen ein Ende zu setzen, und ferner einen Versuch zu machen, neue Beziehungen zu Deutschland herzustellen, ähnlich denen, die zwischen Rußland und Deutschland und zwischen Frankreich und Deutschland bestehen.

**Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benden-  
dorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 28. Januar/  
10. Februar 1912.**

Ich glaube mich nicht mit meinem offiziellen Berichte über die Mission Galdanes begnügen zu müssen, welche natürlich das Tagesereignis bildet. Die Ankunft Sir E. Goschens in London mit Ermütigungen von Seiten Deutschlands hat den ersten Anstoß zu dieser Angelegenheit gegeben, noch ehe der König und der erste Minister in die Stadt zurückgekehrt waren. Noch am selben Tage der Rückkehr des Königs und Asquiths, am letzten Montag, hat ein Beschluß gefaßt werden müssen. Dienstag hat Grey Cambon und mich zu sich gebeten. Ich kenne nicht den Inhalt der Mitteilung, die Goschen aus Berlin hierher gebracht hat, aber der Sachverhalt, der in Berlin vielleicht mehr zu Herzen genommen wird als in London und welcher hier ein Echo gefunden hat, ist folgender:

In Wirklichkeit befand man sich zwischen Berlin und London schon seit langem, aber namentlich seit dem letzten Juni, in diplomatischer Hinsicht nicht mehr „on speaking terms“. Weder spezielle noch allgemeine Fragen bildeten den Gegenstand von Verhandlungen. Selbst die Bagdad-Frage hat keinen Anlaß zu diplomatischen Verhandlungen gegeben und ist bis jetzt nur von Vermittlern besprochen worden. Eine derartige Spannung hätte ohne unmittelbare Gefahr weiter andauern können, wenn nicht zwei Erwägungen hinzugetreten wären, einmal die England feindliche Stimmung in Deutschland, die sich vielleicht noch gesteigert hatte, hauptsächlich, wie ich glaube, weil Deutschland unter dem Eindrucke eines Mißerfolges steht, für den es England verantwortlich macht. Hier hatte eine ähnliche Stimmung, unter dem Eindrucke des Erfolges, bedeutend abgenommen.

Aber die hauptsächlichste und unmittelbarste Erwägung war die, daß bei Beginn der parlamentarischen Session in London und in Berlin die Frage einer weiteren Vergrößerung der Flotten in äußerst scharfer Form auf die Tagesordnung gestellt werden mußte, wobei die Gefahr nicht ausgeschlossen war, daß eine bedeutende Verstärkung der Flotten bei der jetzigen erregten Stimmung zu ernstern Verwicklungen hätte führen können.

Ich weiß nicht, ob dies der in Deutschland eingenommene Standpunkt ist; dagegen bin ich sicher, daß die Sache so in London aufgefaßt worden ist, nicht anders und nicht darüber hinausgehend. Es ist möglich, daß der neue Reichstag nicht mehr ein so willfähriges Instrument in den Händen der deutschen Regierung ist und daß man doch vielleicht allzusehr mit einer zeitlich unbegrenzten Dauer der persischen Schwierigkeiten gerechnet hatte. Wie dem auch sei, ehe man in Verhandlungen eintrat, schien eine private Aussprache sehr angezeigt und war vielleicht notwendig, um das Terrain zu ebnen. Tatsache ist, daß man sich in Berlin eines noch indirekteren Weges bedient hat, und ich erfahre aus guter Quelle, man habe zu verstehen gegeben, daß Kaiser Wilhelm Lord Haldane gern in Berlin sehen würde. Wie immer diese Wahl zustande gekommen sein mag, es kann nicht geleugnet werden, daß sie ausgezeichnet ist.

Kein Deutscher wäre in England mehr am Platze gewesen als Lord Haldane in Berlin. Alle politischen Parteien Englands haben Zutrauen zu ihm. Man weiß dies in Berlin, und man schätzt ihn seiner persönlichen Eigenschaften wegen, welche Kaiser Wilhelm gut bekannt sind. Dieser Vorteil hat wahrscheinlich in London veranlaßt, sich über eine Schwierigkeit hinwegzusetzen, die übrigens hier nur untergeordnete Bedeutung hat: die Schwierigkeit der Eigenliebe — man nahm den Anschein auf sich, den ersten Schritt getan zu haben.

Ich muß noch hinzufügen, daß Grey zu jener beschränkten Anzahl politischer Führer gehört, die die Ansicht vertreten, daß die Rüstungsfrage durch ein direktes Übereinkommen geregelt werden kann. Bleibt nur zu wissen, auf welche Weise. Ich kann natürlich das Resultat nicht vorher sagen, doch wird vielleicht eine Möglichkeit durch die gestrige Rede Churchills angedeutet. Die Rede bedeutet, daß, wenn England verhandelt, es dies nur auf der Basis desjenigen Verhältnisses zwischen beiden Flotten tun wird, welches es für seine Sicherheit als notwendig bezeichnet hat — auf keiner andern Basis. Ist dieses Verhältnis erzielt und anerkannt, so braucht man keine weiteren Schiffe zu bauen. So aufgefaßt ist die Frage eine außerordentlich verwickelte. Denn in dieser Hinsicht will man in England weder Trinkgelder geben noch annehmen.

Es besteht ein Hindernis recht ernstlicher Natur. Meiner Ansicht nach hat man den Anfang dieser ganzen Angelegenheit zu sehr in die Öffentlichkeit gezerrt, so daß im Falle eines Mißerfolges die Lage schlechter als bisher sein würde. Sollte sie ein Ergebnis zeitigen, so erblicke ich hierin nichts — und dies ist auch die Ansicht Cambons —, was uns beunruhigen könnte. Eher das Gegenteil; die Welt wird ruhiger sein. Wenn ich einen weiteren Beweis brauche, so finde ich ihn in der öffentlichen Erleichterung, die Grey und Nicolson durch die Wiederherstellung unserer Übereinstimmung in Persien empfinden. Sie haben mir dies ohne Umschweife gesagt und haben Cambon erklärt, sie seien ganz außerordentlich zufrieden. Man muß aber sagen, daß dieses Übereinkommen nicht einen einzigen Tag zu früh erzielt worden ist. Wir dürfen uns keine Illusionen machen. Die öffentliche Meinung würde schwanken und es wäre wichtig, daß sich die Dinge jetzt normal entwickeln.

In dieser Hinsicht wird die der Politik der Regierung gemachte Opposition nur eine Schikane sein und braucht nicht weiter befürchtet zu werden. Die Mission Galdane wird Grey mit seiner eigenen Partei ausöhnen, welche vor allem pazifistisch ist. Dagegen wird diese Mission den Widerstand der konservativen Partei hervorrufen. Sie gefällt ihr nicht. In mäßigen, aber klaren Ausdrücken findet sich dies in der Times zum Ausdruck gebracht.

Aber unter den obwaltenden Verhältnissen werden die Konservativen, selbst wenn sie es könnten, die Regierung aus diesem Grunde nicht zu Falle bringen wollen. Sie werden sich bei ihren entscheidenden Angriffen auf innere Fragen beschränken, deren es nur allzu viele gibt. Eine Ministerkrise, die ich übrigens aus irgendeinem anderen Grunde als dem der auswärtigen Politik nicht für nahe bevorstehend halte, bedeutet für uns keine Gefahr.

Die Frage der Rüstungen zur See ist derartig in den Vordergrund gerückt worden, daß es nicht wahrscheinlich erscheint, daß andere Fragen in Berlin gründlich geprüft werden werden. Ich glaube jedoch, daß man vielleicht über Bagdad sprechen wird, und ich erblicke in der Reise Cassels nach Berlin ein Anzeichen hierfür.

Es ist außerordentlich schwer zu sagen, ob die englische Re-

gierung recht oder unrecht gehabt hat, sich auf diese ganze Angelegenheit einzulassen. Gibt es eine Aussicht auf Erfolg? Fast jedermann zweifelt daran. Die Öffentlichkeit ist in solchen Fällen fast stets ein Nachteil. Man muß unwillkürlich an ein friedliches Agadir denken. Man müßte vielleicht befürchten, daß die ganze Angelegenheit von der öffentlichen Meinung und der Presse in Rußland und Frankreich falsch ausgelegt wird. Cambon hat mir seine Befürchtungen mitgeteilt. Es wäre natürlich sehr unzeitgemäß.

Andererseits ist es vielleicht möglich, Deutschland zu beruhigen und in einem gewissen Maße die chinesische Mauer zwischen England und Deutschland einzureißen, — dies würde vielleicht auch den Frieden zwischen Italien und der Türkei beschleunigen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 35.**

Ich erfahre von Cambon, daß Haldane seinem Bruder Jules Cambon erzählt hat, gleich bei Beginn der Unterredung mit Kaiser Wilhelm und Bethmann habe er erklärt, es müsse wohl verstanden sein, daß die Entente mit Frankreich und Rußland die Grundlage der englischen Politik bleibe. Hierauf hat Jules Cambon Haldane gesagt: „Es handelt sich folglich um eine Détente, nicht um eine Entente.“ Haldane erwiderte: „Ganz richtig.“

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 36.**

Grey hat mich heute gebeten, ihn aufzusuchen. Er hat mir gesagt, daß Haldane, wie abgemacht, keine Vereinbarungen in Berlin getroffen habe und daß sich seine Unterredung mit Bethmann auf drei Fragen bezogen hätte, die später in diplomatischen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht werden könnten. 1. Die Rüstungen zur See. England besteht endgültig auf dem Verhältnis zwischen beiden Flotten, so wie es neulich von Churchill in einer öffentlichen Rede festgelegt worden ist.

Wenn aber später infolge von gegenseitigen Erklärungen die Beziehungen zwischen beiden Ländern gebessert worden wären, könnte das proportionelle Anwachsen der beiden Flotten verlangsamt werden. 2. Bagdadbahn. Man hat ausschließlich von der Linie südlich Bagdad gesprochen. England ist zu Verhandlungen bereit und will über eine Kombination verhandeln, welche ihm eine genügende Anteilnahme sichert, um ihm die Kontrolle über diese Linie zu verschaffen, und welche seinen Standpunkt in der Frage von Koweit und im Persischen Golfe anerkennt. Es ist ausdrücklich betont worden, daß, wenn ein derartiges Übereinkommen zwischen England und Deutschland erzielt wird, ersteres hinsichtlich der vierprozentigen Zollerhöhung gebunden ist und nur mit Zustimmung Rußlands und Frankreichs seine Einwilligung zu dieser Erhöhung geben kann, so daß der Widerstand einer der drei Mächte die beiden anderen an einer Zustimmung verhindern würde. 3. Die Ententen mit Rußland und Frankreich. England bestätigt, daß keine von ihnen einen aggressiven Charakter gegen Deutschland habe. Es würde einer derartigen Entente nicht zustimmen. Wenn dagegen ein aggressiver Schritt Deutschlands gegen Rußland oder Frankreich vorliegt, so behält sich England seine Handlungsfreiheit vor.

Dies sind die Grundlagen, auf denen, wie Haldane gesagt hat, sich die Beziehungen der beiden Länder bessern könnten.

Haldane ist mit dem ihm von Bethmann Hollweg zuteil gewordenen Empfange zufrieden. Er hat nur mit ihm und Herrn von Stumm über politische Fragen verhandelt. Kiderlen hat sich nicht direkt beteiligt.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 37.**

Am Ende der Unterredung sagte mir Grey, es sei ihm daran gelegen, daß Sie wüßten, daß die Initiative der Verhandlungen von Berlin ausgegangen ist; nach der prinzipiellen Annahme hatte das Berliner Kabinett den Wunsch geäußert, daß Grey selbst komme, was er aber nicht für möglich gehalten habe. Dann sei die Wahl auf Haldane gefallen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 4./17. Februar 1912. — Nr. 44.**

Nicolson hat mir gesagt, Grey schätze ganz besonders die freundschaftliche und versöhnliche Haltung der russischen Regierung während der letzten Verhandlungen über Persien. Er hat mir eine kurze Inhaltsangabe der Rede gegeben, die Grey am selben Abend in Manchester halten sollte. Ich benutzte diese Gelegenheit, um Nicolson zu fragen, ob seiner Ansicht nach die durch die Mission Halbanes geschaffene Lage irgendeinen Einfluß auf die jetzigen Beziehungen zwischen Rußland und England haben könne. Als Antwort erinnerte er mich an meine Unterredung mit Grey, der er beigewohnt hatte, und an die Erklärung Asquiths im Parlamente. Ich sagte ihm, daß ich von der öffentlichen Meinung in England spreche. Er erwiderte, daß trotz der ziemlich allgemeinen Befriedigung über die Entspannung der Beziehungen zu Deutschland sich die hiesigen Besorgnisse wegen Persiens, abgesehen von einigen unverföhnlichen Kreisen, bereits vollständig beruhigt hätten. Das Foreign Office habe vom persischen Komitee einen in einem ganz andern Tone als bisher verfaßten Brief erhalten. Dies sei symptomatisch.

Nicolson sprach mit Bedauern von den Bedenken, die in Frankreich zum Ausdruck gekommen wären. Er befürchtet, das selbe könne in Rußland der Fall sein. Er hofft jedoch, daß dies nur von ganz vorübergehender Dauer sei und durch öffentliche Erklärungen berichtigt werden würde. Er fügte hinzu, daß in der öffentlichen Meinung Englands die Ansicht vorherrsche, daß die Reise Lord Halbanes nach Berlin keine Modifikation der englisch-russischen Entente bedeute.

**Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 5./18. Februar 1912.**

Ich habe Ihnen gestern mit der Post den Wortlaut einer Rede zugeschickt, die Sir Edward Grey in Manchester gehalten hat. Er hat daselbst gestern eine zweite Rede gehalten. Diese

beiden Reden richteten sich an eine Zuhörerschaft, die an dem Handel in Südpersien ganz besonders interessiert ist und für die daher die englisch-russischen Beziehungen große Bedeutung haben. Die beiden Reden beanspruchen auch insofern eine gewisse Beachtung, als sie in einem freieren Tone gehalten werden konnten, als dies im Parlamente möglich ist. Auch finde ich beide insofern bedeutsam, als sie die Mission Lord Haldanes in Berlin in die richtige Perspektive rücken. Denn obwohl mir der Besuch Haldanes keine direkte Beunruhigung eingeflößt hatte, so mußte ich doch die Strömung in der öffentlichen Meinung Englands mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgen.

Ich kann Ihnen nicht verheimlichen, daß die ersten Äußerungen in der Presse und im Publikum mir über das hinauszu-gehen schienen, was ich erwartet hatte, obwohl ich mir Rechenschaft gab, daß die beständige und zunehmende Spannung mit Deutschland die Stimmung hier in England niederdrückte. Ich wußte und habe es Ihnen auch gesagt, daß dieses Gefühl, mit einer Verminderung des Zutrauens zu Rußland parallel gehend, für uns gefährlich werden konnte.

Es ist richtig, daß die Nachrichten aus Persien eine beruhigende Wirkung ausgeübt hatten. Ebenso ist es richtig, daß die Rückkehr des Hofes und aller andern politischen und publizistisch tätigen Persönlichkeiten aus Indien eine ähnliche Wirkung hervorgerufen hatte, da sie alle von den Vorzügen des Einvernehmens mit Rußland überzeugt sind. Der Hofenbandorden, der Sir Edward Grey verliehen worden ist, sollte nichts anderes bedeuten, als daß der König auf eine möglichst deutliche Art seine Zustimmung zu der Greyschen Politik und seiner Solidarität mit dem Kabinett zum Ausdruck bringen wollte. Ferner ist es richtig, daß während der Debatten über die Thronrede derjenige Teil der Asquithschen Rede, welcher sich auf die ausländische Politik bezog, von der ungeheuren Majorität der Kammer mit Beifall begrüßt wurde, wobei die Worte, die er mit erhöhter Stimme über die Erhaltung der alten Ententen sprach, ganz besondere Beifallstürme loslösten. Und endlich ist es richtig, daß die Erklärungen Sir Edward Greys, über die ich Ihnen berichtet habe, nichts an Klarheit und Entschiedenheit zu wünschen übrigließen.

Aber um ganz offen zu sein, diese Erklärungen konnten nur dann Wert für uns haben, wenn sie von der öffentlichen Meinung bestätigt wurden. Ich konnte mich der Tatsache nicht verschließen, daß die Mission Haldanes im ganzen Lande keinerlei ernste Opposition gefunden hatte. Publikum und Presse hatten sich eine Zeitlang ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt, und in der Parlamentsitzung, die ich soeben erwähnte, hat man viel mehr von Deutschland als von Rußland und Frankreich gesprochen. Dies alles gab zu Bedenken Anlaß.

In dieser Hinsicht sind die beiden erwähnten Reden Sir Edward Greys in Manchester von hoher Bedeutung. Sehr einfach, sehr klar und sehr bestimmt, sind sie alle beide mit allgemeinem Beifalle aufgenommen worden. Der einfache Sinn dieser Reden ist folgender: Aufrechterhaltung der Ententen und der Rüstungen Englands, Entspannung der Beziehungen zu Deutschland — soweit dies mit den beiden ersten Bedingungen vereinbar ist.

Dies ist der Sinn und dies ist auch der allgemeine Eindruck. Selbst in den Zeitungen und Revuen, die am eifrigsten für eine grundlegende Änderung der deutsch-englischen Beziehungen eingetreten waren, nimmt die Frage der Entente wieder den ihr gebührenden Teil ein; so z. B. in der Westminster Gazette, dem Daily Telegraph, dem Spectator und anderen, heute auch in den Sonntagsblättern. Ganz dasselbe wird mir auch von allen Seiten mündlich wiederholt. Sir Arthur Nicolson hat mir vorgestern ganz dasselbe gesagt, und zwar mit so viel Nachdruck, daß ich Ihnen hierüber telegraphischen Bericht erstatten zu müssen geglaubt habe. Ich gebe zu, die Schnelligkeit dieses Umschwunges, vielmehr diese Rückkehr zur alten Politik Englands, so wie sie in den letzten Jahren gewesen ist, hat mich einigermaßen erstaunt, und doch glaube ich mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß dieser Umschwung ein dauernder sein wird, weil er in Wirklichkeit natürlich und logisch ist. Über die Entente mit Rußland beruhigt, kommt das englische Publikum zu ihr zurück, gleichzeitig auch zu der Entente mit Frankreich. Die Grundlage ist wiederhergestellt.

Man spricht hierüber noch nicht so offen, wie es Sir Edward Grey getan hat, und doch liegt die Sache klar zutage. Sir Ed-

ward hätte nicht zu dieser Steigerung seiner öffentlichen Erklärungen gegriffen, wenn er nicht die innere Überzeugung von dieser Umkehr in der öffentlichen Meinung gehabt hätte.

Es erübrigt nur eine Erklärung der fast allgemeinen Billigung der Mission Haldanes zu finden. Es wird dies nicht besonders schwerfallen: der Besuch Haldanes in Berlin entsprach der wirklichen Lage. Die öffentliche Meinung Englands ließ sich von zwei Erwägungen lenken: über Rußland und Frankreich hingen, wenigstens in der Einbildung, Wolken, und dann hatte man die feste Überzeugung, daß die Erbitterung in Deutschland auf einer falschen Auffassung der englischen Politik beruhte, was nicht nur gefährliche, sondern eingebildete und unnötige Folgen nach sich ziehen konnte.

Dieses erklärt den gemäßigten Ton der englischen Presse Deutschland gegenüber. Aber einen Schritt weiter zu tun, als erster die Hand auszustrecken, war ebenso unmöglich, als es unmöglich war, eine deutsche Initiative zurückzuweisen. Lord Haldane ist unter diesen Bedingungen nach Berlin gegangen, und keine andere Basis hätte besser sein können. Die Öffentlichkeit dieses Ereignisses ist jedoch so groß gewesen, daß die öffentliche Meinung während 10 Tage sich ausschließlich mit diesem Besuche beschäftigt und die Klarheit seines Urteiles eingebüßt hatte.

Die richtige Erkenntnis ist schneller gekommen, als ich ursprünglich glaubte. Dies will nicht bedeuten, daß Grey nicht noch heftigen Angriffen in Parlamenten ausgesetzt sein wird, aber wie die Sachen jetzt liegen, werden diese Angriffe wahrscheinlich nur von einer Seite des Hauses erfolgen, der Ecke der unveröhnlichen Radikalen, und werden sonst kein Echo finden. Die Haltung des persischen Komitees ist bedeutsam; es fühlt, daß ihm der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist.

Lassen Sie mich jetzt noch auf eine früher geäußerte Ansicht zurückkommen, daß ein Mißerfolg der Mission Haldanes eine schlimmere Lage schaffen würde, als sie vorher gewesen ist. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß die Mission zu gar keinem Resultate geführt hat. Wenn die deutsche Regierung beabsichtigte, die Ententen Englands zu sprengen, mit der natürlichen Folge eines allgemeinen englisch-deutschen Abkommens, so handelt es sich allerdings um einen völligen Mißerfolg. So-

weit teile ich die Ansicht meines französischen Kollegen, denn Cambon scheint zu glauben, daß die Mission Haldanes zu gar keinem Resultate führen wird. Letzteres halte ich für übertrieben.

Ist es Lord Haldane gelungen, in Berlin zu überzeugen, daß der englischen Ansicht nach weder die Tripelentente noch irgendeine andere englische Entente einen aggressiven Charakter gegen Deutschland hat? Ist es ihm geglückt zu überzeugen, daß, wenn England im vorigen Sommer sich zum Kriege vorbereitet hat, dies nicht mit aggressiven Zielen geschehen ist, sondern nur um seine eigenen Interessen und diejenigen Frankreichs im Falle eines deutschen Angriffes zu verteidigen? Ich weiß es nicht und kann mir von hier aus kein Urteil erlauben. Alles in allem genommen, neige ich jedoch der Ansicht zu, daß die Bestrebungen des englischen Staatsmannes nicht ganz ergebnislos gewesen sind.

Ein anderer Umstand kommt hinzu. England — allerdings unter Aufrechterhaltung all seiner Bedingungen und auf dem alten Standpunkte verharrend — hat sich bereit gezeigt, die Verhandlungen über die Bagdadbahn wiederaufzunehmen. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu, und ich halte dies für ganz besonders wichtig, weil es sich auf die Beschwerde Deutschlands bezieht, daß England seiner kolonialen Expansion überall Schwierigkeiten in den Weg legt. Wie wir anlässlich der Potsdamer Verhandlungen erklärt haben, daß wir auf unseren prinzipiellen Widerstand gegen die Bagdadbahn verzichten, so hat England jetzt durch Lord Haldane erklärt, daß es sich einer Ausdehnung der deutschen Kolonien im tropischen Afrika nicht widersetzt.

Diese beiden Fragen, die zweite nicht weniger als die erste, erscheinen mir von Bedeutung. Ich erinnere mich, in diesem Sinne während des letzten Sommers, als die Krise ganz besonders akut war, mit einflussreichen Persönlichkeiten in Deutschland gesprochen zu haben, da ich der Ansicht Greys in dieser Frage sicher war. Man ist mir mit völligem Unglauben begegnet. Ich nehme an, daß dieses jetzt in Berlin nicht mehr der Fall sein wird.

Diese beiden Fragen würden genügen, um eine Entspannung herbeizuführen, denn ich halte sie immer noch für möglich. Auf

alle Fälle entspricht sie den Absichten Englands und würde hier mit Befriedigung begrüßt werden. Ich glaube keineswegs, daß unsere Interessen in diesem Falle leiden würden, doch müssen wir diesen Umstand im Auge behalten, wenn wir darangehen, unsere Beziehungen zu England weiterzuentwickeln. Unter dieser Bedingung, glaube ich, wird man diese Beziehungen enger gestalten können, als sie es bis jetzt gewesen sind. Wenn ich so ausführlich über diesen Gegenstand geschrieben habe, so werden Sie hoffentlich in der außerordentlich wichtigen politischen Bedeutung dieser Frage eine Entschuldigung erblicken. Vielleicht werden Sie meine Schlußfolgerungen für übereilt halten. Aber die Anzeichen sind deutlich, und wenn mich nicht alles täuscht, so sind sie auch richtig.

**Brief des russischen Botschafters in Paris Iswol'sky an den russischen Außenminister vom 16. Februar/1. März 1912.**

Obwohl die Reise Lord Galdanes nach Berlin ziemlich plötzlich erfolgt war, so kam sie doch für die französische Regierung nicht unerwartet, wie mir Poincaré mitteilt. In Paris wußte man schon seit längerer Zeit, daß man sowohl in Deutschland als auch in England ein Mittel zu finden wünschte, um die gefährliche Spannung zwischen beiden Ländern zu mildern. Wenn man hier trotzdem im ersten Augenblicke eine gewisse Nervosität gezeigt hatte, so ist dieses Gefühl durch die öffentliche Erklärung der englischen Regierung völlig beruhigt worden — daß nämlich die Reise Galdanes in keiner Weise die engen Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland erschüttern könne und daß sowohl das Pariser als auch das Petersburger Kabinett über ihre Ergebnisse genau unterrichtet werden würden. Seitdem hat Poincaré, wie mir bekannt, von dem französischen Botschafter in London mehrere Mitteilungen über den Inhalt der Unterredungen zwischen Galdane und den deutschen Ministern erhalten. Diese Informationen stimmen genau mit dem überein, was Ihnen Graf Bendendorff telegraphisch mitgeteilt hat. Man hat über die Flottenrüstungen, die Bagdadbahn, einige koloniale Fragen und endlich über den allgemeinen Charakter der Beziehungen Englands zu Deutschland, Rußland und Frankreich gesprochen. In keiner dieser Fragen ist ein konkretes

Übereinkommen in Aussicht genommen, geschweige denn abgeschlossen worden; die schwierigste Frage, die Rüstungen zur See, ist augenscheinlich keinen Schritt weitergekommen. Immerhin haben beide Seiten aus den Gesprächen einen günstigen Eindruck gewonnen und halten es für nötig und wünschenswert, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Poincaré hat mir gegenüber geäußert, daß die französische Regierung den Versuch Englands und Deutschlands, normalere Beziehungen herzustellen, nur begrüßen könne und daß dieser Versuch in Frankreich weder beunruhigt noch Zweifel an der Loyalität der englischen Regierung hervorgerufen hat. Man muß vielmehr befürchten, daß diese Verhandlungen zu einem Mißerfolge führen werden, da nach einem solchen sich die englisch-deutschen Beziehungen noch weiter verschlechtern könnten, was eine neue Bedrohung des europäischen Friedens bedeuten würde. Die Erklärungen Poincarés scheinen mir aufrichtig gemeint zu sein, und ich bemühe mich meinerseits, ihn in seiner optimistischen Auffassung zu bestärken. Doch kann ich nicht umhin zu bemerken, daß man in hiesigen militärischen Kreisen anderer Ansicht ist, und zwar befürchten die Militärs, daß, wenn zwischen England und Deutschland ein Übereinkommen über das Aufhören oder wenigstens über eine Abschwächung des Wettrüstens zur See getroffen werden sollte, die deutsche Regierung über verdoppelte Mittel zur Erhöhung seiner Armee verfügen würde, was die nötigen Gegenmaßnahmen von Seiten Frankreichs und Rußlands hervorrufen muß.

Was die französische Presse anbelangt, so schreibt sie nach wie vor in einem mäßigen und ruhigen Tone, während die Börse den Verhandlungen mit einer aufwärts gerichteten Bewegung gefolgt ist.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. März 1912. — Nr. 67.**

Nr. 1. Grey hat mich gebeten, ihn zu besuchen, und mir erzählt, der deutsche Botschafter habe ihm gestern erklärt, daß das eventuelle Flottenbauprogramm notwendigerweise von der englischen Politik Deutschland gegenüber abhängen werde, und daß die öffentliche Meinung in Deutschland immer noch der

Ansicht sei, daß diese Politik einen Angriff gegen Deutschland im Auge habe. Grey hat geantwortet, daß, wenn die deutsche Regierung zur Beruhigung der öffentlichen Meinung einer Bestätigung der friedlichen Absichten Englands bedürfe, er hierzu bereit sei, unter der Bedingung jedoch, daß die deutsche Regierung sich keinen Zusatzkredit für spätere Rüstungen sichere und daß in diesem letzteren Falle die englische Regierung zu dem in der Rede Churchills dargelegten Programm zurückgreifen müsse.

Grey übergab mir dann ein Memorandum, welches er Metternich überreicht hat, indem er mir sagte, daß das Memorandum in einer Form abgefaßt sei, welche es ihm ermöglichen würde, von demselben in einer öffentlichen Rede Gebrauch zu machen, wenn keine weitere Verstärkung der deutschen Flotte stattfindet. Nachdem ich das Memorandum gelesen, sagte ich Grey, daß es die Erklärungen Galdanes in Berlin wiederhole. Grey gab mir recht und fügte hinzu, daß Galdane die Aktionsfreiheit Englands als selbstverständlich hingestellt hatte, wenn Deutschland eine aggressive Politik gegen diejenigen Mächte führe, mit denen England Ententen abgeschlossen hat; dies bleibt natürlich in voller Kraft. Grey hat Cambon dieselbe Mitteilung gemacht. Er hat uns alle beide, in unseren Berichten zu betonen, daß seine Mitteilung eine streng vertrauliche sei.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. März 1912. — Nr. 68.**

Nr. 2. Wortlaut des in meinem Telegramm Nr. 1 erwähnten Memorandums: „England wird keinen unprovokierten Angriff auf Deutschland machen und keine aggressive Politik letzterem gegenüber verfolgen. Ein Angriff auf Deutschland ist nicht der Zweck noch ein Bestandteil irgendeines Vertrages, Übereinkommens oder einer Verabredung, an denen England sich jetzt beteiligt, noch wird es sich an irgendeinem derartigen Vorhaben beteiligen.“

**Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 16./29. März 1912.**

Die Rede, die Churchill am 5./18. März anlässlich der Beratungen über das Marinebudget gehalten hat, hat in Deutsch-

land große Erregung hervorgerufen. Ganz besonders unangenehm hat sie in denjenigen politischen Kreisen berührt, welche dem Besuche Lord Haldanes übertriebene Bedeutung beigelegt hatten und an eine ernste Annäherung an England dachten.

Die genannte Rede des englischen Marineministers und die vom Bundesrate soeben angenommene neue Gesetzentwurf über die Erhöhung der Land- und Seestreitkräfte Deutschlands sind der beste Beweis, daß augenblicklich von keiner Einschränkung der Rüstungen, weder Englands noch Deutschlands die Rede sein kann.

Nicht nur die alldeutschen Kreise, die wie gewöhnlich ihrem Unmute anlässlich der Herausforderung Deutschlands lauten Ausdruck verliehen haben, sondern auch liberale Blätter und sogar die offiziöse Kölnische Zeitung haben in maßvollen Ausdrücken ihr Erstaunen über die Rede des ersten Lords der Admiralität ausgedrückt, welche offen zugibt, daß die Flotte nicht der Verteidigung des Landes überhaupt dienen soll, sondern dazu bestimmt ist, den Kampf mit der Flotte einer Macht aufzunehmen, zu welcher England durchaus freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Der Inhalt der Rede des englischen Marineministers ist in Berlin gleichzeitig mit der Nachricht bekanntgeworden, daß die Abreise Kaiser Wilhelms nach Korfu auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Hierzu kamen Gerüchte über den Rücktritt des Reichskanzlers und Riederlen-Wächters, ebenso wie über eine angebliche Verschlechterung der Beziehungen Rußlands zur Türkei. Alles dies hat im Publikum und auf der Börse eine solche Erregung hervorgerufen, daß die Regierung es für nötig befunden hat, beruhigende Erklärungen abzugeben, daß die Reise Kaiser Wilhelms nur auf ein paar Tage verschoben worden sei, und zwar ausschließlich, weil die nötigen Schritte wegen des Bergarbeiterstreiks getan werden müßten. In der Tat ist der Kaiser zwei Tage später nach Wien abgereist, und die Erregung hat sich einigermaßen gelegt, obwohl sich das Gerücht erhält, daß nach der Rückkehr des Kaisers wichtige Veränderungen in höheren Regierungskreisen bevorstehen, und in wohlunterrichteten Kreisen hält man die Stellung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten für stark erschüttert.

**Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 25. April/  
8. Mai 1912.**

Ich bedauere, Ihnen noch keine bestimmten Nachrichten über die Berufung Baron Marschalls auf den Posten des deutschen Botschafters in London geben zu können. Ich weiß, daß Graf Metternich Sir Edward Grey gestern gesprochen hat und noch am selben Tage vom Könige in Audienz empfangen worden ist. Ich kenne noch nicht den Gegenstand dieser Audienz, doch glaube ich, daß ein Entschluß bereits gefaßt ist.

Ich hätte Ihnen hierüber vor der vollendeten Tatsache nicht berichtet, wenn ich Ihnen nicht sagen könnte, daß dieser Botschafterwechsel weder der Regierung noch dem Könige angenehm ist. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß der König sogar den Wunsch äußern will, Graf Metternich möge in London bleiben. Ein derartiger Schritt müßte natürlich als eine reine Formalität aufgefaßt werden, hat aber doch symptomatische Bedeutung. Seinerseits sagt mir Sir Arthur Nicolson, er habe noch keine offizielle Bestätigung; er fügt hinzu, daß Sir Edward Grey die gerade und loyale Haltung des Grafen Metternich sehr hoch schätze und ihn nur mit Bedauern aus London scheiden sehen werde. Dann fügte Sir Arthur hinzu: „Wenn die deutsche Regierung sich einbildet, daß sie einen großen Coup macht indem sie Baron Marschall hierher schickt, so irrt sie sich, und wenn der zukünftige Botschafter es sich zur Aufgabe macht, England von seinen Freunden zu trennen, so befindet er sich auf dem Holzwege.“ Ich bitte Ewere Erzellenz, diese Mitteilung als ganz vertraulich zu betrachten.

**Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 5./18. Mai 1912.**

Ich erinnere mich nicht, daß irgendein diplomatischer Personenwechsel die Presse so nachhaltig beschäftigt hätte wie die Ernennung Baron Marschalls an Stelle des Grafen Metternich zum Botschafter Deutschlands in London.

Unser Botschafter in Berlin wird Ihnen besser als ich über die Beweggründe dieser Ernennung berichten können. Ich weiß

in dieser Hinsicht nur, was mir Graf Metternich selbst in vertraulicher und privater Weise gesagt hat, und bitte Sie daher, meiner Mitteilung diesen Charakter bewahren zu wollen.

Ich beeile mich hinzuzufügen, daß ich absolutes Zutrauen zu den Worten meines deutschen Kollegen habe. Seit einem Jahre denkt er daran, sich von der diplomatischen Tätigkeit zurückzuziehen. Er hat diesen Wunsch schon lange geäußert. Bis jetzt hier zurückgehalten, ist sein Rücktrittsgesuch anlässlich seines letzten Aufenthaltes in Berlin bewilligt worden. Die Sache sollte geheimgehalten werden, bis die Ernennung Baron Marschalls offiziell bekannt wurde. Jedoch schon ein paar Tage, nachdem der betreffende Beschluß gefaßt war, ist die offiziöse Presse Deutschlands mit der Angelegenheit befaßt worden, und von diesem Zeitpunkte an hat eine für den Grafen Metternich äußerst peinliche Pressekampagne eingesetzt. Es hat sich mit dieser Kampagne dasselbe zugetragen wie bei allen ähnlichen Gelegenheiten. Sie hat mehr geschadet als genützt, und es wird Baron Marschall sehr schwerfallen, hier zu überzeugen, daß er nicht nach London kommt, um allem Widerstand zum Trotz allein durch sein Erscheinen eine englisch-deutsche Entente herbeizuführen.

In London ist diese Pressekampagne von den radikalen und unter jüdischem Einflusse stehenden Blättern unterstützt worden. Beide Richtungen verfolgen den einen Zweck: Bruch der englisch-russischen Entente und selbst der englischen Entente mit Frankreich.

Ich weiß, daß einer der Gründe des Rücktrittes des Grafen Metternich diese beständige und bedauerliche Beeinflussung der englischen Presse gewesen ist. Wie immer in ähnlichen Fällen, ist das englische nationale Gefühl nur verletzt worden, da man hierin einen Versuch erblickt hat, einen diplomatischen Personenwechsel und ein ganzes Programm aufzuzwingen, selbst ehe die englische Regierung hierüber befragt worden war. Baron Marschall wird nicht ohne ein gewisses Mißtrauen empfangen werden.

Der König hat, wie ich weiß, in privater Form dem Grafen Metternich sein sehr lebhaftes Bedauern über seinen Rücktritt ausgesprochen. Sir Edward Grey hat zu mir über Metternich

mit der größten Sympathie für seinen persönlichen Charakter und seine loyale und offene Haltung gesprochen; der Rücktritt des deutschen Botschafters hat ihn zu einer öffentlichen Kundgebung im Unterhause veranlaßt — ein für die englischen Gebräuche äußerst seltenes Ereignis.

Ich kann jedoch nicht verhehlen, daß diese Pressekampagne, so künstlich sie auch hervorgerufen ist, trotzdem beweist, daß die Sympathien für Deutschland in England ernstliche Fortschritte gemacht haben. Und Graf Metternich hat recht, als er mir vor einigen Tagen sagte: „Ich hinterlasse meinem Nachfolger eine so gute Situation, wie sie es schon lange nicht mehr gewesen ist.“

Der Glaube an die Entente mit Frankreich und Rußland besteht weiter, sowohl in dem gemäßigten Teile der liberalen Partei, welcher durch das jetzige Kabinett vertreten wird, als auch in der konservativen Partei.

Was aber speziell Rußland anbelangt, so ist insofern eine Schwierigkeit entstanden, als in letzter Zeit eine ganze Reihe von Zwischenfällen, die einen politischen, die andern vor allem moralischen Charakters, sich einer intimeren Gestaltung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in den Weg gestellt haben — zum Vorteile Deutschlands, welches diese Zwischenfälle mit besonderer Vorliebe betont. Diese Zwischenfälle wurden zuerst von radikaler, dann von jüdischer, selbst konservativer Seite ausgebeutet und zuungunsten Rußlands ausgelegt. Euere Exzellenz kennt England aus eigener Erfahrung und weiß, daß dies nicht anders sein kann. Ich brauche deshalb auf die Erklärung derartiger sentimentaler Regungen nicht weiter einzugehen; ich will nur die Tatsache feststellen.

**Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 11./24. Mai 1912. — Nr. 27.**

Der Lärm, der in der deutschen Presse durch die Verletzung Baron Marschalls aus Konstantinopel nach London hervorgerufen worden war, entspricht in keiner Weise der Bedeutung dieses Ereignisses und ist nur ein Beweis dafür, wie sehr sich die öffentliche Meinung Deutschlands für alles interessiert, was die geringste Beziehung zu dem Verhältnisse Deutschlands zu England hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Re-

gierung wichtige Gründe haben mußte, um Marschall in dem jetzigen schwierigen Augenblicke aus Konstantinopel abzu berufen, wo er eine so große Rolle spielte und sich eine ganz außergewöhnliche Stellung geschaffen hatte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die regierenden Kreise Deutschlands hierbei von dem Wunsche beseelt waren, wenn nicht ein Übereinkommen, so doch eine gewisse Annäherung an England zu erzielen, indem die diesbezüglichen Verhandlungen dem auf einem andern Posten so erprobten Diplomaten anvertraut wurden; aber es ist fraglos richtig, daß alles, was in letzter Zeit in dieser Hinsicht von Zeitungen aller politischen Richtungen und Schattierungen geschrieben wurde, und auch die Hoffnungen, die sich auf die angebliche neue Mission des deutschen Botschafters in London gründeten — der soliden Grundlage entbehren und nur beweisen, mit welcher Beunruhigung die gespannten Beziehungen zu England in Deutschland betrachtet werden. Diese Beziehungen, welche in unseren Tagen eines der hauptsächlichsten Momente, wenn nicht das hauptsächlichste, in der Weltpolitik sind, sind die Folge der ungewöhnlichen ökonomischen Erstarkung Deutschlands und der entsprechenden Entwicklung seiner Land-, aber vor allen Dingen seiner Seestreitkräfte. In letzterem Umstande erblickt England eine Bedrohung nicht nur seiner Seeherrschaft, sondern gleichzeitig seiner eignen Existenz als Weltmacht. Diese Lage ist nicht mit einem Male entstanden und kann nicht von heute auf morgen verändert werden, so sehr dieses von der einen und sogar von allen beiden Seiten gewünscht werden sollte und so fähig auch die Staatsmänner sein mögen, welche die Aufgabe, ein englisch-deutsches Übereinkommen herbeizuführen, auf sich nehmen. Eine derartige Aufgabe ist nicht leicht; denn um ein solches Resultat zu erreichen, müßte England ein für allemal auf den Gedanken verzichten, sich der wirtschaftlichen Ausbreitung Deutschlands in allen Weltteilen und dem damit verbundenen Anwachsen seiner Handels- und Kriegsflotte zu widersetzen.

Baron Marschall ist zu klug, um sich nicht von der Schwierigkeit der ihm bevorstehenden Aufgabe Rechenschaft zu geben, und wenn er trotz seines hohen Alters den ihm angetragenen Posten des deutschen Vertreters in London gern angenommen

hat, so muß man glauben, daß das von ihm in Aussicht genommene Programm viel bescheidener als dasjenige ist, welches ihm von der deutschen Presse vom ersten Augenblicke des Bekanntwerdens seiner Ernennung in so aufdringlicher Weise zugeschrieben wird.

**Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin Schebeko an den russischen Außenminister vom 25. Mai/7. Juni 1912.**

Die Frage der Umwandlung des freundschaftlichen Übereinkommens zwischen England und Frankreich in ein Bündnis ruft in Deutschland großes Interesse hervor und beunruhigt die hiesigen politischen Kreise. Obwohl die Presse laut behauptet, daß diese Frage für Deutschland keine Bedeutung habe, da die Ereignisse des letzten Jahres bewiesen hätten, daß, im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich, England sich sowieso auf die Seite des letzteren stellen würde, einerlei ob es mit Frankreich durch ein Bündnis oder durch ein Übereinkommen verbunden ist — so wird doch das Gegenteil durch jene Leidenschaftlichkeit bewiesen, mit der diese Frage erörtert wird, und durch den Raum, den sie in allen Zeitungen einnimmt. Hier spricht nicht nur die Tatsache des Abschlusses eines Bündnisses zwischen England und Frankreich mit, sondern vielmehr der Umstand, daß die Deutschen jetzt endgültig überzeugt sind, daß England sich von der Möglichkeit einer Annäherung an Deutschland abwendet — einer Annäherung, die man in Deutschland im Grunde genommen leidenschaftlich herbeisehnt. Jetzt ist allen zur Erkenntnis gekommen, daß das letzte Marokko-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur zu keiner Annäherung zwischen beiden Ländern geführt hat, sondern im Gegenteil auf beiden Seiten der Bogen eine derartige politische Stimmung, eine derartige Erregung hervorgerufen hat, daß sie in jedem Augenblicke zu den allerbedauerlichsten Folgen für die Erhaltung des europäischen Friedens führen kann.

Die elsaß-lothringische Frage, in welcher in den letzten Jahren eine Beruhigung eingetreten zu sein schien, hat sich wieder ganz außerordentlich verschärft, und auf Anweisung aus Berlin ergreifen die örtlichen Behörden eine Reihe von Maß-

regeln, die für die Bevölkerung sehr unbequem sind und in Frankreich große Erregung hervorrufen.

Die Haltung chauvinistischer Zeitungen, z. B. von „La France militaire“, welche Deutschland alle möglichen Niederträchtigkeiten vorwerfen, hat in der offiziellen Kölnischen Zeitung eine Warnung in dem Sinne hervorgerufen, daß, wenn Frankreich die Klinge mit Deutschland zu kreuzen wünscht, letzteres bereit sei, was durch die schnelle Annahme der Erhöhung der Streitkräfte des Reiches von Seiten der Volksvertreter am besten bewiesen werde.

Derartige Beziehungen zum Nachbarstaate veranlassen natürlich Deutschland, jeden Schritt der anderen ihm feindselig gesinnten Macht, d. h. Englands, mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. So z. B. werden die Beratungen Churchills und Asquiths mit Lord Kitchener auf Malta so gedeutet, daß dies ein vorbereitender Schritt zum Abschlusse eines Bündnisses mit Frankreich ist, wobei letzteres die beiderseitigen Interessen im Mittelmeere zu verteidigen haben würde.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 373.**

Der Schweizer Gesandte in London Carlin hat mir gesagt, der russische Gesandte in Bern habe dem Staatsdepartement in Bern mitgeteilt, daß die Rede Bethmann Hollwegs und die ununterbrochenen Rüstungen Österreichs die politische Lage als gespannt erscheinen lassen und daß die russische Regierung die föderalen Behörden hiervon mit Rücksicht auf die Verteidigung der Schweizer Neutralität benachrichtigen wolle. Carlin sagt mir, er sei von seiner Regierung beauftragt worden, Grey zu fragen, welche Haltung England im Falle eines Konfliktes einnehmen würde. Grey hat ihm geantwortet, daß Englands Haltung von den Umständen und von der Zahl der sich am Konflikte beteiligenden Mächte abhängen würde. Dies bedeutet, daß Grey die mir und Cambon gegebene Antwort Carlin gegenüber wiederholt hat. Carlin zufolge hat der Schweizer Gesandte in Paris denselben Auftrag erhalten.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 21. Dezember 1912/3. Januar 1913. — Nr. 465.**

Persönlich. Grey hatte mir gesagt, er würde Buchanan ein Telegramm bezüglich der Unterstützung Englands zukommen lassen, welches uns die diplomatische Unterstützung des Londoner Kabinetts zusichert. Er hat mir jetzt eine Abschrift dieses Telegramms zugesandt. Ich habe es Cambon gezeigt und um seine Ansicht gefragt. Cambon ist der Meinung, daß es nicht notwendig sei, zu verallgemeinern; daß, wenn es sich um spezielle Fragen handelt, die England betreffen, das Londoner Kabinett derartige bedingte Zusicherungen gebe; daß dies anlässlich des Zwischenfalles in Agadir und auch schon früher ihm selbst gegenüber der Fall gewesen sei. Aus meinem Bericht werden Sie sehen, daß Grey sich mir gegenüber etwas anders ausgedrückt hat. Dies scheint die persönliche Ansicht Cambons zu bestätigen. Meine persönliche Ansicht bleibt die, daß die militärische Unterstützung Englands von den allgemeinen Umständen abhängen wird, die im voraus nicht bestimmt werden können.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 27. Januar/9. Februar 1913. — Nr. 91.**

Die unerwarteten Erklärungen des Admirals Tirpitz in der Reichstagskommission werden hier so verstanden, daß Deutschland die Vorherrschaft Englands zur See anerkennt; ohne vollkommenes Zutrauen zu finden, haben diese Erklärungen doch großen Eindruck auf die englische Presse gemacht. Die Times und die hauptsächlichsten Blätter betonen dieses Ereignis, zwar nicht ohne einige Einwendungen zu erheben, aber doch mit Befriedigung.

**Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London Wendendorff vom 30. Januar/12. Februar 1913. — Nr. 276.**

Persönlich. Wir glauben, in der letzten Rede des Admirals Tirpitz und in dem Bestreben der deutschen Diplomatie, eine

Annäherung an England herbeizuführen, ein beunruhigendes Symptom erblicken zu müssen. Wir würden gern wissen, bis zu welchem Grade derartige Umtriebe in London günstiges Terrain finden und auf die Haltung der englischen Regierung in der jetzigen Krise zurückwirken können.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 31. Januar/13. Februar 1913. — Nr. 105.**

Ihr Telegramm 276 erhalten. Die Anstrengungen, die die deutsche Diplomatie macht, sind augenscheinlich; aber die Rede Tirpitz', die anfangs als Anerkennung der Vorherrschaft Englands zur See mit Befriedigung aufgenommen wurde, hat nach reiflicher Prüfung nur einen ephemeren Eindruck gemacht. Man ist hier immer noch überzeugt, daß das Berliner Kabinett aufrichtig an der Erhaltung des Friedens arbeitet. Dies hat eine wirkliche Entspannung herbeigeführt, die, wie ich berichtet habe, jene Zusammenarbeit der Kabinette von London und Berlin zur Folge gehabt hat. In diesem Augenblicke halte ich sie für uns nicht nur nicht für schädlich, sondern für vorteilhaft, indem Grey die Möglichkeit gegeben wird, auf Berlin einzuwirken und darauf zu bestehen, daß das Berliner Kabinett auf Wien einwirkt. Grey glaubt, daß Sie dasselbe mit Vorteil tun könnten, obwohl er sich der Schwierigkeiten bewußt ist. Dies ist der Charakter der Annäherung, von welcher die deutsche Diplomatie so laut und öffentlich spricht. Ihre friedliebende Tendenz verbürgt dieser Annäherung einen gewissen Erfolg. Die homogene Haltung der Botschafter des Dreibundes während der Sitzungen der Londoner Botschafterkonferenz ist aber in Wirklichkeit nicht so vollständig, wie aus meinen telegraphischen Protokollberichten über die Sitzungen hervorzugehen scheint.

**Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 28. März/10. April 1913. — Nr. 906.**

Ich bitte Sie, mir möglichst genaue Einzelheiten über den Zweck der Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach England mitzuteilen.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 29. März/11. April 1913. — Nr. 330.**

Ihr Telegramm 906 erhalten. Einer der Gründe, die mich entgegen meiner ursprünglichen Absicht veranlaßt haben, die Mitteilung Ihres Telegramms 894 an Grey zu beschleunigen, ist die Ankunft des Prinzen Heinrich. Diese Ankunft ist so unerwartet, daß das Foreign Office erst gestern hiervon Kenntnis erhalten hat. Indem ich Nicolson das in Frage kommende Telegramm vorlas, sagte ich ihm, daß die Ankunft des Prinzen Heinrich diese Mitteilung sehr zeitgemäß erscheinen lasse. Cambon hat Grey eine ähnliche Bemerkung gemacht. Grey, der noch in keine Beziehungen zum Prinzen Heinrich oder zu Lichnowsky in dieser Frage getreten war, hat Cambon geantwortet: „Wenn Prinz Heinrich hierher gekommen ist, um den im vorigen Winter gemachten Schritt zu erneuern, so wird ihm genau dieselbe Antwort zuteil werden.“

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 1./14. April 1913. — Nr. 344.**

Persönlich. Nicolson hat mir gesagt, daß Prinz Heinrich mit dem Könige über keine politischen Fragen gesprochen habe. Es hat sich hauptsächlich um die Cumberlandsche Hochzeit und um die Reise König Georgs nach Berlin gehandelt, welche letztere keinen offiziellen, sondern nur Familiencharakter haben wird. Prinz Heinrich hat weder Grey noch irgendeinen andern Minister gesehen. Er ist heute wieder abgereist. Nicolson sagt mir, daß dieses Mal die Reise des Prinzen Heinrich nur wegen privater Angelegenheiten und der Bestellung von Automobilen erfolgt sei. Sonnabend und Sonntag hat er bei dem Fürsten Münster zugebracht. Die Mitteilung Nicolson's bestätigt meine persönliche Beobachtung.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 6./19. April 1913. — Nr. 355.**

Nicolson teilt mir mit, daß, da die Reise des Königs nach Berlin ein Familienbesuch sei, Seine Majestät von keinem Minister begleitet sein wird.

**Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London Wendendorff vom 3./16. Mai 1913. — Nr. 1263.**

Ist es richtig, daß die Reise Morleys nach Berlin im Zusammenhang mit einem politischen Auftrage hinsichtlich englisch-deutscher Verhandlungen über ihre Interessen in Kleinasien steht?

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Sazonow vom 6./19. Mai 1913. — Nr. 450.**

Ihr Telegramm 1263 erhalten. Aus privaten Informationen und der kategorischen Erklärung Nicolson's geht hervor, daß die Reise Morleys in keinem Zusammenhang mit kleinasiatischen Fragen steht. Die Reise hat durchaus privaten Charakter, obwohl unser hiesiger Marineagent behauptet, daß die Frage der Seerüstungen in Berlin erörtert worden wäre.

**Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister vom 31. Januar/13. Februar 1914.**

In meinem Telegramm Nr. 19 habe ich die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf die Mitteilung der russischen Telegraphenagentur in Berlin gelenkt, Staatssekretär von Jagow habe in der Budgetkommission erklärt, daß die englisch-deutschen Beziehungen sich ständig besserten. In demselben Telegramm wurden auch die Erklärungen des deutschen Marineministers erwähnt, die sich auf das Verhältnis der englischen und deutschen Flotte zueinander beziehen.

Wie Ihnen bekannt, hat Tirpitz gesagt, daß das von Churchill vorgeschlagene Verhältnis der englischen zu der deutschen Flotte 16 : 10 für Deutschland durchaus annehmbar sei. Was den Gedanken eines „Freijahres“ betreffe, so könne dieser Vorschlag nicht angenommen werden. Jagow erklärt, daß das Kabinett von St. James einstweilen mit einem solchen Vorschlage noch nicht hervorgetreten sei. Ich fragte meinen englischen Kollegen, wie man sich die beständig wiederkehrenden Beteuerungen der hiesigen Staatsmänner erklären könne, daß eine Besserung in den englisch-deutschen Beziehungen eingetreten sei, da dies unwillkürlich den Gedanken hervorrufe, daß zwischen London

und Berlin beständige Verhandlungen stattfinden, welche letzten Endes zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern führen könnten.

Goschen antwortete mir wie immer, nämlich daß alle diese Beteuerungen gar keinen Wert haben und daß der Meinungsaustausch zwischen Berlin und London sich auf die gegenseitigen ökonomischen und Eisenbahninteressen in Afrika beschränkt.

Was den Vorschlag Churchills anbelangt, ein Verhältnis von 16 : 10 festzusetzen, so bestätigte mein englischer Kollege meine Annahme, daß die kanadischen Dreadnoughts aus dieser Proportion ausgeschlossen sind, womit Deutschland kaum einverstanden sein kann. Was den Vorschlag anbelangt, im Laufe eines Jahres keine Kriegsschiffe zu bauen, so entsprechen diese Erklärungen des Staatssekretärs, wie mir Goschen sagt, nicht ganz den Tatsachen, denn er, Goschen, ist aus London beauftragt worden, die Ansicht Jagows einzuholen, doch habe letzterer ihm eine ausweichende Antwort gegeben. Der englische Botschafter ist jedoch der Ansicht, wie er mir streng vertraulich mitteilte, daß dieser Gedanke unausführbar und für Deutschland um so unannehbarer ist, als alle Arbeiter der deutschen Schiffswerften in diesem Falle jede Beschäftigung verlieren müßten, während die englischen Arbeiter leicht von den Privatwerften übernommen werden könnten, um die zahlreichen kleineren Schiffe zu bauen, deren die englische Flotte beständig bedarf. Außerdem, fügte der englische Botschafter hinzu, genügt es nicht, die Schiffsbauten in England und Deutschland zu unterbrechen — daselbe müßten auch alle anderen Großmächte tun.

Mein französischer Kollege, dessen Ansicht Goschen hinsichtlich des „Frei'ahres“ befragt hatte, erwiderte ihm, daß er diesen Gedanken in keinem Falle billigen könne, da alle Ersparnisse, die Deutschland infolge der Unterbrechung der Schiffsbauten machen würde, zur Verstärkung der Landarmee verwendet werden würden, und diese würde beim zukünftigen Zusammenstoße hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet werden.

Cambon blickt sehr trübe auf die beständigen Gerüchte einer Besserung in den englisch-deutschen Beziehungen, da er die Möglichkeit irgendeiner Annäherung zwischen diesen beiden Ländern in Zukunft zuläßt.

Obwohl ich diese Befürchtungen nicht völlig teile, so kann ich mich doch nicht ganz dem Gedanken verschließen, daß Deutschland und England, nachdem sie damit angefangen, ihre ökonomischen Interessen in Afrika zu regeln, mit der Zeit zu wichtigeren Verhandlungen übergehen werden, welche letzten Endes zu einem gewissen Abkommen auch in politischen Fragen führen können. Ich kann von hier aus verfolgen, wie die deutsche Regierung bestrebt ist, der englischen entgegenzukommen, — aber ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, zu beurteilen, welchen Eindruck diese Bemühungen auf die führenden Kreise Englands machen.

---